



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Abschlussbericht des Bundesprogramms
„Initiative Demokratie Stärken“

Inhalt

I. Ausgangslage und Prämissen	3
<hr/>	
1.1 (Jugend-)politischer Hintergrund	4
<hr/>	
1.2 Charakter von IDS als „lernendes“ Programm beziehungsweise Programm mit modellhaften Zügen	4
<hr/>	
1.3 Herausforderungen für die geförderten Modellprojekte vor dem Hintergrund der Ausgangslage	5
<hr/>	
II. Programmstruktur und -umsetzung	6
<hr/>	
2.1 Programmstruktur	7
<hr/>	
2.2 Programmumsetzung	8
<hr/>	
III. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung	11
<hr/>	
3.1 Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zum Programmbereich islamistischer Extremismus	12
<hr/>	
3.2 Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zum Programmbereich „Linksextremismus“	34
<hr/>	

IV. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	47
<hr/>	
4.1 Schlussfolgerungen für den Programmbereich islamistischer Extremismus	48
<hr/>	
4.2 Schlussfolgerungen für den Programmbereich Linksextremismus	50
<hr/>	
V. Anhang	52
<hr/>	
5.1 Liste der Modellprojekte	53
<hr/>	
5.2 Liste der Forschungsprojekte	57
<hr/>	

I.

Ausgangslage und Prämissen

1.1 (Jugend-)politischer Hintergrund

Mit den Programmen **Entimon** und **CIVITAS, VIELFALT TUT GUT, kompetent. für Demokratie** sowie **TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN** wurden in den letzten Jahren durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fünf große jugendpolitische Programme im Themenfeld der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aufgelegt. Mit Beginn der 17. Legislaturperiode wurde vonseiten der Bundesregierung beschlossen, dass neben der nach wie vor unbestritten notwendigen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus die Aufmerksamkeit auch auf linksextremistische und islamisch-extremistische Tendenzen im Jugendalter erweitert werden soll.

Vor diesem Hintergrund hat das BMFSFJ im Sommer 2010 das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ (IDS) für die Themenfelder islamistischer Extremismus und Linksextremismus aufgelegt. Ziel des Bundesprogramms war es, die pädagogische Praxis in den beiden oben genannten – vor der Implementierung von IDS weitgehend unerschlossenen Handlungsfeldern – zu fördern und weiterzuentwickeln. Der Fokus lag dabei vorrangig auf dem Vorfeld der Entstehung oder Verfestigung problematischer Orientierungen im Jugendalter. Neben der angestrebten modellhaften Umsetzung von Angeboten, die junge Menschen in ihrer Ablehnung extremistischer Orientierungen stärken sollten, sollten jedoch auch Jugendliche erreicht werden, für die bestimmte Gefährdungskonstellationen angenommen werden oder die bereits extremistisch orientiert sind. Zielgruppen der geförderten Aktivitäten waren Jugendliche, aber auch Personengruppen, die als sozialisationsrelevante Akteure für die Erziehung, Bildung und Ausbildung von jungen Menschen Verantwortung tragen (zum Beispiel Eltern und Erziehungsberechtigte, Erzieher/innen, Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen). Darüber hinaus sollten relevante Multiplikator/innen aus den Milieus sowie sozialräumliche Akteure angesprochen werden.

Da mit dem Programm vergleichsweise neue Handlungsfelder eröffnet und bearbeitet wurden, war IDS bewusst als „lernendes“ Programm angelegt. Dieser Intention entsprach auch die ergänzende Förderung von Forschungsprojekten, die für die pädagogische Praxis die notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen schaffen beziehungsweise erweitern sollten.

1.2 Charakter von IDS als „lernendes“ Programm beziehungsweise Programm mit modellhaften Zügen

Der Charakter von IDS als „lernendes Programm“ beziehungsweise als Bundesprogramm mit modellhaften Zügen impliziert, dass mit ihm ein bestimmter „Auftrag“ sowie spezifische Förder- und Erkenntnisinteressen verbunden waren. Im Sinne der Anregungsfunktion des Bundes verfolgten entsprechende Programme das Ziel, vor dem Hintergrund eines wahrgenommenen Defizits an vorhandenem, ausgereiftem und überprüfem Wissen über pädagogische Ansätze erprobend „exemplarische Feldexperimente“ zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe im jeweilig fokussierten Themenbereich umzusetzen. Entsprechend hieß es in den Programmleitlinien:

Die Ursachen von Linksextremismus und islamistischem Extremismus bei Jugendlichen und jungen Menschen sind in Deutschland bislang wenig erforscht. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend will hier Abhilfe schaffen durch Beiträge zur Verbesserung der pädagogischen Praxis in Form von modellhaften Präventionskonzepten und zudem durch Schaffung der dafür notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen.

Um diesen Auftrag, der sich auch im Leitbild des Bundesprogramms widerspiegelte, zu erfüllen, wurde bewusst ein breiter Experimentierraum für Konzept-(weiter-)entwicklungen, -erprobungen und -übertragungen eröffnet. IDS war unter anderem ein multizentrisches Programm, das mit dem Ziel der Ermöglichung kontextspezifischer Umsetzungen und Erprobungen an verschiedenen Orten in Deutschland implementiert wurde (zum Beispiel in unterschiedlichen städtischen und ländlichen Räumen). Die Programmleitlinien boten zwar Orientierungen im Experimentierraum, indem sie zentrale Anhaltspunkte gaben, mit welchen Zielgruppen, zu welchen Themen und in welchen (Sozial-)Räumen die Modellprojekte arbeiten sollten, die zielgruppen- und kontextadäquate Erprobung und Umsetzung oblag jedoch den geförderten Modellprojekten. Das Ziel war, im Anschluss an das Programm einen verbesserten, differenzierten Erfahrungsschatz an pädagogischen Strategien, Konzepten und Methoden in den Handlungsfeldern des Programms zur Hand zu haben und die Lernerfahrungen für die Kinder- und Jugendhilfe nutzbar zu machen.

1.3 Herausforderungen für die geförderten Modellprojekte vor dem Hintergrund der Ausgangslage

In den Handlungsfeldern Prävention von Linksextremismus sowie islamistischem Extremismus mussten die Modellprojekte mit drei übergreifenden Herausforderungen umgehen. Zum einen, dass zu Programmbeginn nur **wenig überprüfte Wissensbestände und Erfahrungen zu pädagogisch-präventiven Praxisansätzen in den Handlungsfeldern islamistischer Extremismus und Linksextremismus** vorhanden waren und zum anderen, dass sie auf wenig sozialwissenschaftliche Kenntnisse zu islamistischen Radikalisierungsprozessen im Jugendalter und insbesondere zu Ursachen und Erscheinungsformen von **linksextremistischen Tendenzen und Orientierungen unter Jugendlichen** zurückgreifen können. Ein weiteres Charakteristikum kommt hinzu: In Bezug auf die Phänomene islamistischer Extremismus und Linksextremismus war nicht automatisch von einem **gesellschaftlich weitgehend geteilten Konsens der Notwendigkeit einer präventiven Bearbeitung dieser Themenfelder** auszugehen – dies gilt wiederum in besonderem Maße für den Programmbereich Linksextremismus.

II.

Programmstruktur und -umsetzung

2.1 Programmstruktur

Um zu Kenntnissen über geeignete Präventionskonzepte in den Handlungsfeldern Linksextremismus und islamistischer Extremismus zu gelangen, wurden durch das Bundesprogramm zum einen verschiedene Forschungsvorhaben, zum anderen und insbesondere Modellprojekte gefördert. Die Förderung von Projekten mit modellhaftem Charakter hatte sich bereits in Programmen wie VIELFALT TUT GUT oder kompetent. für Demokratie, die auf dem Gebiet des Rechtsextremismus tätig waren, als erfolgsträchtiger Ansatz erwiesen, um Ergebnisse zu erzielen, die auf andere Träger und Förderbereiche übertragbar sind und die Erkenntnisse im Hinblick auf die Entwicklung, Erprobung, Überprüfung und Weiterentwicklung von Methoden und Präventionskonzepten bringen.

Die Modellprojekte im Bundesprogramm IDS konzentrierten sich insbesondere auf die Schwerpunkte **Erziehung zu Demokratie und Gewaltlosigkeit, soziale Integration** sowie **interkulturelles und interreligiöses Lernen**. Folgende Zielgruppen wurden definiert:

a) Jugendliche

- | Jugendliche, die in ihrer Ablehnung extremistischer Orientierungen gestärkt werden sollen,
- | Jugendliche und junge Erwachsene in vorwiegend städtischen Milieus, da sich hier Problemkonstellationen verdichten,
- | Jugendliche und Heranwachsende, die in ihrem Alltag vielfach Diskriminierungserfahrungen machen und vor diesem Hintergrund durch ideologische Angebote islamistischer Organisationen angesprochen werden könnten,
- | Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Orientierungen, die sich sozial nicht ausreichend integriert fühlen und Tendenzen zu Abschottung, Rückzug und Isolation haben,
- | Jugendliche, die von unserem Staats- und Gesellschaftssystem enttäuscht sind und aus diesem Grund für extremistische Positionen empfänglich sein könnten,
- | extremistisch orientierte Jugendliche.

b) Eltern und andere Erziehungsberechtigte

c) Erzieher/innen und Lehrer/innen

d) Multiplikator/innen aus den Milieus

e) Sozialräumliche Akteure

Die Modellprojekte des Bundesprogramms waren jeweils einem der folgenden Themenbereiche zugeordnet:

Themenbereich 1: Bildungsprojekte mit jungen Menschen

a) Linksextremismus: Hierbei waren Projekte der Demokratieerziehung und der politischen Bildung ein wichtiger Ansatz, nicht zuletzt aufgrund des großen politischen Interesses und der hohen Diskursbereitschaft vieler linksextremistisch orientierter Jugendlicher. Der Themenfokus der Bildungsprojekte gegen Linksextremismus lag im Bereich Politik, Geschichte und Menschenrechte.

b) Islamistischer Extremismus: Dialogische Angebote, in denen sich Jugendliche unterschiedlichen religiös-kulturellen Hintergrunds begegneten und Potenziale gruppenübergreifender

Beziehungen genutzt werden konnten, waren hier ein wichtiger Handlungsansatz. Der Fokus in den Bildungsprojekten lag dabei auf den Themen Kultur, Religion, Identität, Demokratie und Menschenrechte.

Themenbereich 2: Sozialräumliche Ansätze

Sozialräumliche und quartiersbezogene Ansätze sind geeignet, um an den Erfahrungs- und Handlungsspielräumen der Jugendlichen anzusetzen und relevante Multiplikatoren einzubinden. Projekte des Themenbereichs 2 sollten deshalb mittels aufsuchender Ansätze Schwellenängste und Abschottungstendenzen abbauen, regionale Akteure und Kompetenzen vernetzen oder Tandem-Projekte wie beispielsweise von Bildungs- und Sozialträgern miteinbeziehen.

Themenbereich 3: Arbeit mit sozialisationsrelevanten Akteuren

Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Prävention von islamistischem Extremismus und Linksextremismus ist die Arbeit mit Bezugspersonen aus dem sozialen Umfeld. Aufgrund der engen familiären Bindungen ist insbesondere bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Einbeziehung der Angehörigen besonders wichtig. Eine zentrale Rolle im Bereich der Prävention von Linksextremismus spielen des Weiteren Themen wie elterliche Erziehungsverantwortung, gewaltfreie Erziehung von Kindern sowie Erziehung zu Demokratie und Toleranz. Projekte des Themenbereichs 3 sollten daher die Aspekte der Fortbildung von (Sozial)-Pädagog/innen sowie Sozialarbeiter/innen und die Arbeit mit Eltern und Erziehungsberechtigten miteinbeziehen.

Neben den Modellprojekten wurden je zwei Forschungsvorhaben in den Themenbereichen Linksextremismus und islamistischer Extremismus durchgeführt. Eines der Forschungsvorhaben im Bereich des islamistischen Extremismus wurde vorzeitig beendet, da die vorgesehene Zusammenarbeit mit Interviewpartnern nicht ausreichend möglich war. Die Forschungsvorhaben dienten vor allem dazu, das Bundesprogramm weiterzuentwickeln und gewonnene Kenntnisse an die Fachöffentlichkeit weiterzugeben.

Mit der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms wurde das Deutsche Jugendinstitut (DJI) beauftragt.

2.2 Programmumsetzung

Zu Beginn von IDS im Jahr 2010 wurde das Bundesprogramm noch direkt durch das BMFSFJ umgesetzt. Im September 2011 wurde die technisch-administrative Umsetzung dann an die Regiestelle beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) übertragen, die vorher bereits mit der Verwaltung des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN betraut worden war. Unter der Fachaufsicht des BMFSFJ hatte die Regiestelle die Aufgabe, die Implementierung des Programms sicherzustellen und zur Weiterentwicklung beizutragen. Wichtige Bestandteile ihrer Arbeit waren die Fördermittelverwaltung und eine programmumfassende Öffentlichkeitsarbeit. Im Zuge der Fördermittelverwaltung wurden durch die Regiestelle folgende Aufgaben wahrgenommen:

I Beratungs- und Prüfungstätigkeit im Zusammenhang mit:

- I Fördermittelanträgen
- I Mittelanforderungen der Projektträger
- I Berichterstattungen der Projektträger
- I dem Nachweis der Verwendung der Mittel
- I Mittelplanung und Budgetierung
- I Monitoring und Controlling
- I Berichterstattung gegenüber dem BMFSFJ

Zu den Aufgaben der Regiestelle gehörte des Weiteren eine fachlich enge Begleitung der Modellprojekte. Seitens der Träger hatte es anfangs noch Bedenken gegeben, dass ihre inhaltlich sensible Arbeit zu sehr durch Vorgaben aus der „Verwaltung“ behindert werde. Diese konnten im weiteren Verlauf jedoch größtenteils ausgeräumt werden.

Auf einer Fachtagung, die im September 2012 in Berlin stattfand, konnten sich die Mitarbeiter/-innen der Modellprojekte über Programminhalte, Ziele sowie Vorgaben zur Programmumsetzung informieren. Mitarbeiter aus den Forschungsprojekten nutzen zudem die Möglichkeit, über ihre neuesten Erkenntnisse und Projektergebnisse zu berichten. Im Rahmen von Workshops wurde den Anwesenden schließlich die Gelegenheit zum Fach- und Erfahrungsaustausch geboten.

Die Sichtbarkeit des Bundesprogramms wurde nach der Übergabe der Administration an die Regiestelle durch die Entwicklung von Werbe- und Informationsmaterialien sowie die Einrichtung einer Webseite, die über Ziele, Hintergründe und die geförderten Modellprojekte informierte, erhöht. Diese Werbe- und Informationsmaterialien wurden den Modellprojekten für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit kostenlos zur Verfügung gestellt. Des Weiteren informierten die Mitarbeiter/-innen der Regiestelle auf Messen und Fachveranstaltungen regelmäßig über das Bundesprogramm.

Um die Träger zu animieren, ihre durch das Bundesprogramm geförderte Arbeit stärker öffentlich zu kommunizieren und mögliche Berührungspunkte gegenüber der Presse abzubauen, wurden Anfang 2013 ein Kommunikationsleitfaden und ein Informationsblatt mit Tipps für die Pressearbeit erstellt und den Programmpartnern zur Verfügung gestellt.



Antrags-, Auswahl- und Entscheidungsverfahren

Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgte anfangs ausschließlich durch das BMFSFJ. Interessierte Träger konnten hierbei Projektanträge einreichen, die dann durch das zuständige Fachreferat geprüft wurden. Nach Übergabe der administrativen Umsetzung des Bundesprogramms an die Regiestelle im BAFzA erfolgte die Antragsprüfung dort. Die endgültige Entscheidung über die Förderfähigkeit eines Projekts fiel im BMFSFJ. Neben der Erfüllung der Kofinanzierungsquote wurden die Modellprojekte vor allem anhand inhaltlicher Kriterien ausgewählt.

Förderstruktur

Insgesamt erhielten 40 Modellprojekte eine Förderung durch das Bundesprogramm. Hiervon waren 15 dem Handlungsfeld Linksextremismus und 22 dem islamistischen Extremismus zugeordnet. Zusätzlich waren drei Projekte in beiden Handlungsfeldern aktiv. Die meisten der Projekte richteten sich an die Zielgruppe Jugendliche. Auch Multiplikator/innen wurden häufig durch die Projekte angesprochen. Eine ausführliche Übersicht ist dem Anhang zu entnehmen. Ein Projekt, das im Bereich Linksextremismus tätig werden wollte, musste vorzeitig eingestellt werden, da die Zielgruppe nicht erreicht werden konnte. Auch viele der anderen im Handlungsfeld Linksextremismus tätigen Projekte machten nach eigener Aussage die Erfahrung, dass die Zielgruppe oftmals nur schwer zu erreichen war.

Die Projektförderung wurde als Fehlbedarfsfinanzierung in Form von nicht rückzahlbaren Zuwendungen gewährt. Für zehn Prozent der Gesamtausgaben der Modellprojekte mussten die Träger eine Kofinanzierung aufbringen. Hier traten in der Regel keine Probleme auf.

III.

Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung

Da das Bundesprogramm bewusst als lernendes Programm, in dessen Rahmen pädagogisches Neuland betreten werden sollte, konzipiert worden war, wurde die wissenschaftliche Begleitung des Programms konzeptionell als „klärende Evaluation“ angelegt. Bildlich gesprochen: Die wissenschaftliche Begleitung interessierte sich dafür, wie sich die Modellprojekte in den vergleichsweise neuen Themen- und Praxisfeldern islamistischer Extremismus und Linksextremismus orientierten, wie sie islamistischen Extremismus und/oder Linksextremismus (insbesondere in ihren jugendrelevanten beziehungsweise jugendspezifischen Erscheinungsformen) definierten und welche (Teil-)Phänomene sie konkret als pädagogisch bearbeitbar und bearbeitungswürdig ansahen. Dies erfolgte in der Regel in Abhängigkeit von ihrem Trägerprofil, den Trägererfahrungen sowie dem lokalen oder regionalen Kontext. Sie untersuchte des Weiteren, welche Zielgruppen die Modellprojekte aus ihrer entsprechenden Analyse ableiteten und welche pädagogischen Strategien und Methoden sie für die Bearbeitung des konstatierten Ausgangsproblems auswählten. In einem dritten Schritt interessierte sich die wissenschaftliche Begleitung für die konkreten Umsetzungs- und Lernerfahrungen, die die Projekte im Zugang auf ihre Zielgruppe und in der pädagogischen Arbeit mit derselben machten, um sie für die Programminitiatoren und die Fachöffentlichkeit und -praxis aufzubereiten.

Die Zwischenergebnisse werden im Folgenden zusammengefasst. Dabei werden zur Erhöhung der Anschaulichkeit ausgewählte pädagogische Umsetzungs- und Lernerfahrungen (in anonymisierter Form) vorgestellt.

3.1 Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zum Programmbereich islamistischer Extremismus

Im folgenden Abschnitt wird der Fokus zunächst auf den Programmbereich islamistischer Extremismus gelegt. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung werden in drei Schritten dargelegt: Zunächst werden die Ausgangs- und Kontextbedingungen der Präventionsarbeit im Programmbereich beleuchtet, da diese maßgebliche Auswirkungen auf die Projektpraxis haben (können) (vergleiche Abschnitt Seite 12 – 14). Daran anschließend werden die konzeptionellen Annäherungen der Projekte an den Programmgegenstand „islamistischer Extremismus“ typisierend beschrieben und die daraus abgeleiteten, konkreten Projektaktivitäten aufgezeigt (vergleiche Abschnitt Seite 14 – 32). Im Rahmen einer abschließenden Bilanzierung werden ausgewählte pädagogische Lernerfahrungen der geförderten Modellprojekte herausgearbeitet und die Leistungen des Programmbereichs noch einmal akzentuiert zusammengestellt (vergleiche Abschnitt Seite 32 – 34).

Ausgangs- und Kontextbedingungen der Präventionsarbeit im Bereich islamistischer Extremismus

Gesellschaftspolitische, soziale und wissenschaftliche Ausgangs- und Kontextbedingungen stellen zentrale Einflussfaktoren auf pädagogische Präventionsarbeit dar: Themen und Problemlagen können beispielsweise gesellschaftlich und politisch als bearbeitungswürdig oder aber als „nachrangig“ herausgestellt und Problemsichten weithin geteilt oder hochumstritten sein. Im Folgenden werden die für den Programmbereich islamistischer Extremismus besonders relevanten Ausgangs- und Kontextbedingungen zusammengefasst, um die entwickelten Ansätze und (pädagogischen) Umsetzungen der im Rahmen des Bundesprogramms geförderten Projekte angemessen zu kontextualisieren.

Zu Programmbeginn lagen bezüglich des Phänomens islamistischer Extremismus und seiner Ursachenzusammenhänge **erstens** nur **unzureichende sozialwissenschaftlich-empirische Erkenntnisse** vor. Obgleich durchaus wissenschaftliche Studien zu Formen und Ausmaß von Demokratiedistanz und religiöser Radikalität bei muslimisch geprägten Jugendlichen existierten, war ein spezifisches **Wissens- und Empiriedefizit zu Radikalisierungsprozessen** bei muslimisch geprägten Jugendlichen sowie zu **Attraktivitätsmomenten von islamistischen Ideologien und Gruppierungen für junge Menschen** zu verzeichnen. Daraus ergab sich (insbesondere für die Startphase der Modellprojekte) die Herausforderung, dass sich Projektmitarbeitende zum Teil dem Phänomen islamistischer Extremismus erst annähern und sich mögliche Ursachenkomplexe und Radikalisierungsdynamiken ein Stück weit selbst erschließen mussten.

Zweitens bildeten Jugendliche mit muslimischem Glauben zwar auch vor Programmstart schon eine relevante Zielgruppe pädagogischer Praxis, jedoch existierten zu Beginn des Bundesprogramms kaum pädagogische Erfahrungen zu spezifischen Ansätzen in der Prävention von islamistischem Extremismus: Das spezifische **Erfahrungs- und Wissensdefizit in der pädagogischen Praxis** bezog sich in diesem Kontext zum einen auf Ansätze, die mit muslimisch geprägten, gegebenenfalls auch nichtmuslimischen Zielgruppen Themen wie islamistische Akteure, Gruppierungen und Ideologien bearbeiteten. Zum anderen fehlten Erfahrungen in der gezielten Adressierung von islamismusaffinen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie der präventiven Arbeit mit ihnen.

Drittens wurden und werden – zu Programmbeginn und kontinuierlich im Programmverlauf – in gesellschaftlichen Diskursen um „den“ Islam und „islamistischen Extremismus“ mangelnde Differenzierungen sichtbar. **Differenzierungsdefizite in Teilen der öffentlichen Debatten** bestehen insbesondere in einer mangelnden Grenzziehung zwischen dem Islam als Religion einerseits und Islamismus in Deutschland andererseits. Hierbei werden zum Teil Formen von Religionsausübung wie das Tragen des Kopftuchs übergreifend als Zeichen von Desintegration gewertet und teilweise religiöse-konservative Praktiken pauschal unter Islamismusverdacht gestellt. Für die Modellprojekte ergab sich daraus teilweise die Notwendigkeit, die eigene pädagogische Arbeit fachlich angemessen einzubetten und sich gegebenenfalls von polarisierenden, verkürzten Sichtweisen auf „den“ Islam zu distanzieren.

Vor dem Hintergrund von Differenzierungsdefiziten in gesellschaftlichen (Teil-)Diskursen zeigte und zeigt sich auf der Seite von Muslim/innen in Deutschland **viertens** – bezogen auf eine Präventionsarbeit mit ausschließlichem Fokus auf islamistischen Extremismus – teilweise eine deutliche Besorgnis. Auch wenn von einem Großteil der Muslim/innen die Präsenz islamistischer Prediger und deren Mobilisierung vor allem von Jugendlichen problematisiert werden, formuliert **ein Teil der muslimischen Communities** hinsichtlich (staatlich initiiertes) Präventionsaktivitäten gegen „islamistischen Extremismus“ eine **grundlegende Skepsis**. Es bestand und besteht vor allem die Angst, dass Menschen mit muslimischem Glauben durch das Auflegen eines öffentlichkeitswirksamen, auf islamistischen Extremismus konzentrierten Präventionsprogramms (zusätzlich) stigmatisiert würden. Darüber hinaus sahen und sehen Teile der Muslim/innen bisweilen islamfeindliche Einstellungen und Handlungen als ein gravierenderes Problem in Deutschland an und formulieren einen höheren Bedarf für die pädagogische Auseinandersetzung mit diesem Phänomen. Aus dieser Wahrnehmung ergab sich für viele Projekte die Herausforderung, sich mit dem spezifischen Präventionsanliegen des Bundesprogramms den

Zugang zu muslimischen Gemeinden und Akteuren zu erschließen oder das Anliegen sensibel in bestehende Kooperationsbeziehungen zu muslimischen Partnern einzubringen.

Konzeptionelle Annäherung der Projekte an den Programmgegenstand „islamistischer Extremismus“ und umgesetzte pädagogische Formate

Für die Einordnung und Typisierung der Projekte waren die Fragen zentral, auf welche gesellschaftlichen und/oder lokalen Probleme beziehungsweise auf welche Aspekte von islamistischem Extremismus die Modellprojekte mit ihren Projektaktivitäten **konkret** reagieren wollten und welche Zielsetzung, Zielgruppe und darauf abgestimmte pädagogische Strategie sie daraus ableiteten. Dabei war seitens einer wissenschaftlichen Begleitung gleichzeitig immer wieder zu prüfen, wie sich die projektspezifischen Problem- und Zielbeschreibungen sowie die pädagogischen Umsetzungen zum Präventionsgegenstand des Bundesprogramms verhielten.

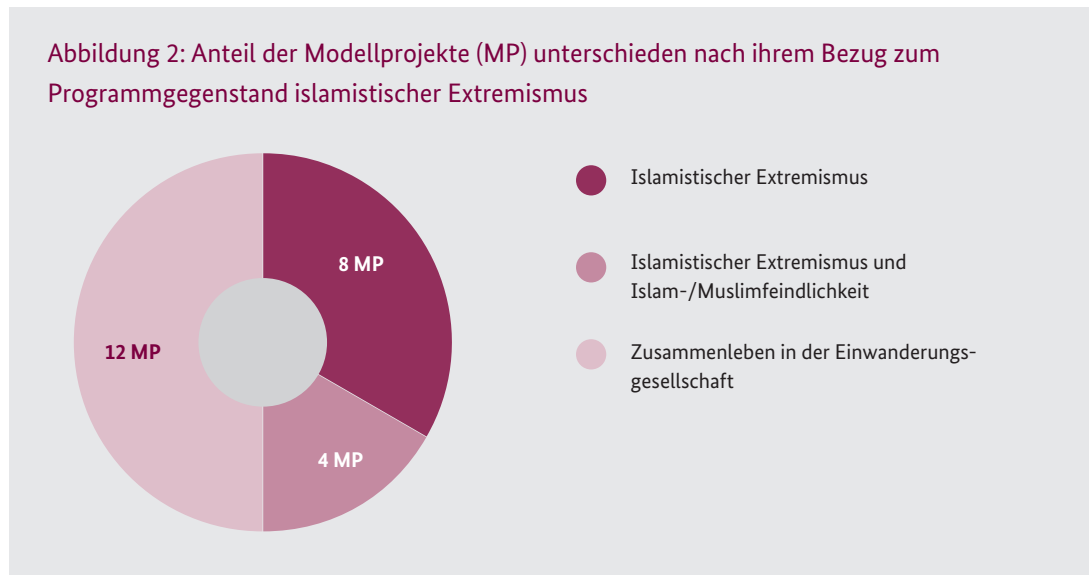
Einen zentralen Aspekt gilt es voranzustellen: Ausgangspunkt der Typisierung der Problembeschreibungen der Modellprojekte war in diesem Programmbereich die Frage, **ob (und nachrangig wie)** die Projekte einen Bezug zum Programmgegenstand islamistischer Extremismus herstellten. Hierfür war die Beobachtung leitend, dass ein Teil der Projekte in diesem Programmbereich in der jeweiligen Eigenlogik keinen dezidierten Bezug zum Programmgegenstand herstellte beziehungsweise diesen (zum Beispiel um die Bearbeitung von Islam- und Muslimfeindlichkeit) erweiterte. Zusätzlich war – im Kontrast zum Programmbereich Linksextremismus (vergleiche Abschnitt 3.2) – die Auseinandersetzung mit dem im Programmgegenstand inhärenten Extremismusbegriff kein wesentlicher Bezugspunkt der Projekte, sondern die Nutzung unterschiedlicher phänomenbezogener Begrifflichkeiten („islamistischer Extremismus“, „Islamismus“, „(Neo-)Salafismus“) wurde teils pragmatisch, teils vor dem Hintergrund ausgewiesener islamwissenschaftlicher Expertise getroffen. Vor- und Nachteile sowie die heterogene inhaltliche Reichweite unterschiedlicher Begrifflichkeiten wurden unter den Modellprojekten kontrovers diskutiert, eine Einigung auf einen gemeinsamen Begriff erfolgte (auch vor dem Hintergrund der Bearbeitung unterschiedlicher inhaltlicher Aspekte islamistischer Radikalisierung seitens der Modellprojekte) nicht.

Die Heterogenität der geförderten Projekte im Programmbereich islamistischer Extremismus lassen sich zunächst in der folgenden groben Gegenüberstellung systematisieren:

Phänomenbezug/ inhaltlicher Bezug der Problembeschreibung der Modellprojekte	islamistischer Extremismus	islamistischer Extremismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit	Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft
Strategie der Problemlösung	Prävention von islamistischem Extremismus vorbereiten, erproben und professionalisieren	Prävention von islamistischem Extremismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit umsetzen, für mögliche Wechselwirkungen zwischen beiden Phänomenen sensibilisieren	Islambezogenen Polarisierungstendenzen über Kompetenzförderung und Empowerment entgegenwirken

Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (DJI).

Während ein Teil der Projekte einen direkten (teils um Islam- beziehungsweise Muslimfeindlichkeit erweiterten) Bezug zum Thema islamistischer Extremismus aufwies und Prävention vorbereitete oder erprobte, näherte sich ein anderer Teil der Projekte dem Zusammenleben in der wertpluralen Einwanderungsgesellschaft an und bearbeitete primär islambezogene Polarisierungstendenzen. Im Hinblick auf die quantitative Verteilung der Projekte wird dabei deutlich, dass etwa die Hälfte aller geförderten Modellprojekte zur letzteren Gruppe von Projekten gehörte und islambezogenen Polarisierungstendenzen entgegenwirken wollte.



Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (DJI). Die wissenschaftliche Begleitung berechnete die Gesamtzahl der Modellprojekte nach Projektträgern (und nicht nach Einzelanträgen der Projekte). Daher sind gegebenenfalls Abweichungen zur Auflistung der Modellprojekte im Anhang des vorliegenden Berichts möglich.

Im Folgenden werden im Kontext der eigenlogischen Bezüge zum Programmgegenstand die charakteristischen Herangehensweisen der Projekte an die jeweils herausgearbeiteten Ausgangsprobleme (wie beispielsweise ein konstatiertes Wissensdefizit zu islamistischem Extremismus) und die daraus abgeleiteten Problemlösungen detailliert dargestellt und mit konkreten Projektbeispielen angereichert.

Hervorzuheben ist dabei, dass nicht alle geförderten Projekte pädagogische Praxisprojekte waren: Einige Modellprojekte widmeten sich vor- oder nachrangig auch der Erforschung des Phänomens islamistischer Extremismus.

Wissensdefiziten begegnen und Präventionsarbeit mit als gefährdet wahrgenommenen Jugendlichen erproben – Projekte mit einem direkten Bezug zum Programmgegenstand islamistischer Extremismus

Eine Gruppe von Modellprojekten (rund 35 Prozent der Projekte) übernahm die Problemkategorie islamistischer Extremismus beziehungsweise Islamismus und wollte mit Forschungs- und (Weiter-)Bildungsaktivitäten zu einer Klärung von Ursachen und Erscheinungsformen von islamistischen Orientierungen im Jugendalter beitragen und/oder mit der pädagogischen Arbeit dezidiert islamistischen Radikalisierungsprozessen vorbeugen. Der mehrheitliche Bezugs- und Ausgangspunkt der hier behandelten Projekte war ein konstatiertes Wissensdefizit zu islamisti-

schem Extremismus in der Forschung, bei Multiplikator/innen oder bei Jugendlichen selbst. Ein Projekt jedoch konstruierte die Problembeschreibung ausgehend von einer als „gefährdet“ wahrgenommenen Zielgruppe und setzte weniger an Wissensdefiziten als vielmehr an wahrgenommenen Orientierungsschwierigkeiten an. Übergreifend unterschieden sich die Projekte dadurch, inwieweit sie islamistische Orientierungen jugendbezogen beispielsweise als mögliche Begleiterscheinung oder Folge einer jugendphasentypischen Orientierungssuche in einer werterepluralen Gesellschaft fassten oder sie sich dem Phänomen eher politikwissenschaftlich (mit Bezug zur Extremismustheorie) annäherten und kaum jugendphasenspezifische Radikalisierungsfaktoren in den Blick nahmen. Die beschriebenen Projekte leiteten aus ihren Problemwahrnehmungen verschiedene zielgruppenbezogene Strategien ab. Es gab

- a) **wissensgenerierende Projekte**, die selbst Forschung beziehungsweise Analysen zu dem Phänomen durchführten,
- b) **wissensvermittelnde Angebote** für Multiplikator/innen, die darauf abzielten, diese Personen hinsichtlich der Erkennung und/oder der Prävention von problematischen Entwicklungen zu qualifizieren,
- c) **wissensvermittelnde Ansätze**, die primär zum Ziel hatten, dass muslimische Jugendliche ihre Religion besser kennenlernen und sich gegebenenfalls von islamistischen Positionen distanzieren (können),
- d) **Unterstützung von und Kompetenzförderung bei Jugendlichen, die als gefährdet wahrgenommen wurden.**

Um einen ersten Überblick über die spezifischen konzeptionellen Annäherungen dieser Gruppe von Modellprojekten zu vermitteln, sind in der folgenden Übersicht die verschiedenen Problemwahrnehmungen und abgeleiteten pädagogischen Formate veranschaulicht. Im Anschluss werden die einzelnen Präventionsstrategien detaillierter beschrieben.

Phänomenbezug/ inhaltlicher Bezug der Problembeschreibung der Modellprojekte	islamistischer Extremismus
Konkrete Problem- beschreibung der MP	<ul style="list-style-type: none"> – unzureichender Forschungsstand zu islamistischem Extremismus, – phänomenbezogene Wissensdefizite bei Jugendlichen und Multiplikator/innen, – (religiöses) Wissensdefizit bei muslimisch geprägten Jugendlichen, – Orientierungssuche von gegebenenfalls „gefährdeten“ Jugendlichen
Strategie der Problem- lösung	<ul style="list-style-type: none"> – Prävention von islamistischem Extremismus vorbereiten, erproben und professionalisieren, – Wissensgenerierung zu islamistischem Extremismus, – phänomenbezogene Wissensvermittlung an Multiplikator/innen, – religiöse Wissensvermittlung an muslimische Jugendliche, – Aufbau von Ambiguitätstoleranz bei als gefährdet wahrgenommenen Jugendlichen

Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (DJI).

a) Wissensgenerierung

Zwei **Projekte, die in ihrer Problembeschreibung den Programmfokus „islamistischer Extremismus“ übernahmen**, näherten sich der Thematik zunächst forschend. Ausgehend von dem konstatierten Wissensdefizit in der Forschung zu islamischem Extremismus wollten diese Projekte vor allem jugendbezogene Erkenntnisse zu Erscheinungsformen und radikalisierungsfördernden Faktoren gewinnen. Übergreifende Ziele waren die Schaffung und Erweiterung von Wissensbeständen als Grundlage für eine adäquate Präventionsarbeit. Eines der beiden Projekte schaffte sich die fachlichen Voraussetzungen für direkte Interventionen bezüglich islamistischer Angebote im Internet.

Ein Projekt ging konkret der übergreifenden Forschungsfrage nach, inwieweit junge Muslim/-innen ohne geschlossenes islamistisches Weltbild dennoch religiöse beziehungsweise religiös-politische Orientierungen aufweisen, die für die politischen Zwecke islamistischer Akteure instrumentalisierbar sein **könnten**. Um dieser Frage nachzugehen, erhob das Projekt mittels qualitativer Interviews mit muslimischen Jugendlichen empirische Daten. Das Projekt wollte mit der Wissensgenerierung und Ergebnispublikation zu einer wissensbasierten **Aufklärung** zu islamistischen beziehungsweise „politisch instrumentalisierbaren“ Einstellungsmustern bei muslimischen Jugendlichen und gegebenenfalls zu einer **differenzierenden Versachlichung** der öffentlichen Debatten beitragen. Ebenso sollten präventiv-pädagogische Maßnahmen beziehungsweise gegebenenfalls entsprechende Kooperationen angeregt werden, indem verschiedene Präventionsprojekte in unterschiedlicher Trägerschaft im Rahmen von Publikationen vorgestellt wurden. In der Ergebnisdarstellung des Projekts wurde resümiert, dass vor allem eine mangelnde Integration und dauerhafte Fremdheitsgefühle maßgebliche Radikalisierungsfaktoren für muslimisch geprägte Jugendliche seien: Individuelle Verunsicherungen und Ambivalenzen hinsichtlich der Zugehörigkeit zu Deutschland bieten nach Angaben des Projekts potenzielle Anschlusspunkte für eine Instrumentalisierung durch islamistische Akteure. Zusätzlich sah das Projekt bei Teilen der muslimischen Jugendlichen Tendenzen zu einem „semitoleranten“ Weltbild, die sich im Detail bei eingeschränkten Akzeptanzen der Meinungsfreiheit im Kontext der Mohammed-Karikaturen, von gemischt-religiöser Partnerwahl oder der Sexualität von Homosexuellen zeigten. Auf Basis der Erhebungen waren jedoch bei den befragten Jugendlichen keine geschlossenen islamistischen Weltbilder zu erkennen. Hinsichtlich der zentralen Projektfragestellung, unter welchen Bedingungen sich (traditionell) religiöse Einstellungen zu islamistischen Weltbildern verkehren können, konstatierten die Forschenden, dass dieser Übergang schwer bestimmbar sei. Vor allem im Anknüpfen an traditionelle religiöse Werte, wie etwa der Sündhaftigkeit außerehelicher Sexualität und ihrer Instrumentalisierung durch islamistische Akteure, liege eine potenzielle Gefahr. In Bezug auf die Prävention von islamistischem Extremismus bilanzierte das Projekt, dass vor allem integrationsfördernde Projekte und politisch bildende Maßnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Prävention leisten könnten, da sie das Grundproblem bearbeiteten beziehungsweise zentrale Konflikte wie beispielsweise den Nah-Ost-Konflikt thematisierten und auf dieser Basis Einstellungen und Affekte (zum Beispiel das Gefühl kollektiver Marginalisierung von Muslim/-innen etc.) bearbeiten könnten.

Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung zeigte sich im Design der qualitativen Studie eine forschungsmethodische Herausforderung: Mit der Studie wurde das Ziel verfolgt, Orientierungs- und Einstellungsmuster zu eruieren, die ein Einfallstor für islamistische Akteure darstellen könnten. Das selbstgesteckte Ziel war es, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen eine religiöse Prägung in islamistische Orientierungen „umschlagen“ kann. Zugleich wurden ausschließlich Jugendliche ohne geschlossenes islamistisches Weltbild befragt. Somit konnten im Rahmen der Studie zwar Konfliktthemen herausgearbeitet werden, jedoch nicht die Fragen beantwortet werden, ob (und unter welchen Bedingungen) die analysierten Orientierungen der Jugendlichen tatsächlich Einfallstore für islamistische Ideologieangebote bilden, inwieweit die befragten jungen religiösen Menschen als „gefährdet“ einzuschätzen sind, Affinitäten zu islamistischen Deutungen herauszubilden. Somit fehlte die Datenbasis für die Einschätzung, ob die geschilderten Erfahrungen und Orientierungen tatsächlich als potenziell radikalierungsbefördernde Faktoren wirken (können). Für Letzteres bedürfte es aus Perspektive der wissenschaftlichen Begleitung ergänzend unter anderem retrospektive Befragungen affiner oder bereits islamistisch orientierter Jugendlicher und einer stärkeren Fokussierung auf die Herausarbeitung von Schutzfaktoren, die ein „Gegengewicht“, zum Beispiel zu Diskriminierungserfahrungen bilden (können). In der vorgestellten Studie wurde die Aufmerksamkeit auf **eine** mögliche Radikalisierungsdynamik gelegt (Herausbildung von Orientierungs- beziehungsweise Einstellungsmustern in einem angenommenen religiösen „Vorfeld“ von islamistischem Extremismus; Instrumentalisierung durch islamistische Akteure): In zukünftigen Forschungen ist es aus der Sicht der wissenschaftlichen Begleitung sinnvoll, den Blick unter Einbeziehung alternativer Radikalisierungsdynamiken zu weiten (zum Beispiel „nachträgliche“ Ideologisierung von Gewalttäter/-innen). Die Erforschung und Kenntnis unterschiedlicher Radikalisierungswege und -dynamiken ist für die Konzeption von adäquaten Präventionsangeboten für unterschiedliche Zielgruppen von zentraler Bedeutung.

Ein anderes Projekt untersuchte islamistische Internetangebote im Hinblick auf Jugendschutz gefährdende Aspekte. Die Arbeit basierte auf den Regelungen des Jugendschutzgesetzes; analysiert wurden beispielsweise gewaltverherrlichende und -befürwortende Darstellungen sowie Anleitungen zu Mord in Internetangeboten. Das Projekt verstand sich somit zum einen als **Aufklärer** über Gefährdungen des Jugendschutzes, die von spezifischen islamistischen Internetangeboten ausgingen, und zum andern leitete es als **intervenierender Akteur** aktiv Indizierungsanträge ein. Nach umfassenden Recherchen kam das Projekt zu dem Ergebnis, dass im Internet, insbesondere in sozialen Medien wie **Youtube** oder **Facebook**, viele islamistische Beiträge existieren, die dezidiert auf muslimische Jugendliche und junge Konvertit/innen ausgerichtet sind. Für Jugendliche würden die Videos und Webseiten nach Einschätzung des Modellprojekts vor allem dadurch attraktiv, dass sie in jugendgerechter Sprache verfasst sind, einfache, kurze Informationen enthalten, aktuelle, teils emotionalisierte Themen aufgreifen und von authentischen, charismatischen Predigern vorgetragen würden. Eine besondere Rolle in der Ansprache und Ideologisierung von (vor allem männlichen) Jugendlichen spielten nach Ansicht des Projekts islamistische **Anasheed**, das heißt religiöse Gesänge mit islamistischen, gewaltverherrlichenden Texten. Über 80 Prozent der erfassten und als unzulässig eingestuften Internetangebote wurden durch das Projekt der salafistischen Bewegung zugeordnet. Das Gros der Gesamtfälle (rund 90 Prozent der insgesamt erfassten Angebote) wurde als „absolut unzulässig“, das heißt schwer jugendgefährdend oder strafbar eingeordnet; ein großer Teil der Verstöße bezog sich auf kriegsverherrlichende Inhalte.

b) Wissensvermittlung an und Qualifizierung von Multiplikator/innen

Die Vermittlung von Wissen zu islamistischem Extremismus und Präventionsmöglichkeiten an (vor allem pädagogisch arbeitende) Multiplikator/innen diente ihrer phänomenbezogenen Qualifizierung und zielt auf die verstärkte Umsetzung und Professionalisierung von Präventionsangeboten ab. Im Bundesprogramm wurden mit dieser Absicht zum einen fortbildende und zum anderen Material entwickelnde Projektaktivitäten umgesetzt.

Ausgangspunkt eines Projekts war ein konstatiertes mangelndes Problembewusstsein der Mehrheitsgesellschaft für Ideologien und Aktivitäten islamistischer, rechtsextremistischer und ultranationalistischer (Migranten-)Gruppen. Dabei würden – so die Annahmen des Projekts – seitens der Majorität in der Regel vorschnelle Zuschreibungen und Ethnisierungen vermieden, was teilweise mit einer Tabuisierung und falschen Rücksichtnahme gegenüber Islamismus, Rechtsextremismus und Rassismus unter Migrant/innen einhergehe. Zusätzlich ging das Projekt von einem Wissensdefizit schulischer und außerschulischer Multiplikator/innen zu den genannten Phänomenen und ihren Präventionsmöglichkeiten aus. Aus dieser Analyse (Tabuisierungen und Wissensdefizite) leitete das Projekt einen Bedarf an Qualifizierungsmaßnahmen ab, die (pädagogische) Fachkräfte sensibilisieren und sie zur Thematisierung der genannten Problemlagen und gegebenenfalls zur pädagogischen Intervention befähigen sollten. Als Format wurden Fachveranstaltungen zu Salafismus und türkischem Nationalismus in Deutschland gewählt, die von den Inputs eingeladenener Expert/innen lebten. In verschiedenen Workshops wurde das vermittelte Phänomenwissen zudem in Bezug auf eine mögliche Präventionsarbeit reflektiert und es wurden erste Anhaltspunkte für eine präventiv-pädagogische Arbeit abgeleitet.

Weitere Projekte, die eine vergleichsweise kurze Förderdauer aufwiesen, waren in diesem Arbeitsfeld an Sicherheitsbehörden angebundener. Sie zielten ebenso auf eine Sensibilisierung von Multiplikator/innen (sowie Interessierten) ab und bildeten im Rahmen von Symposien und Fachveranstaltungen zum Thema Islamismus und Salafismus fort.

Die Analysen der wissenschaftlichen Begleitung zeigen: Für schulische und außerschulische Pädagog/innen ist insbesondere die Herstellung eines dezidierten Jugendbezugs bei der Auseinandersetzung mit dem Phänomen islamistischer Extremismus ein wichtiger und nicht zu vernachlässigender Ausgangspunkt. Er bildet die Voraussetzung, um über angemessene pädagogische Präventionsstrategien reflektieren und diskutieren zu können und gegebenenfalls eigenständig präventiv aktiv zu werden. Für die Entwicklung jugendadäquater Formate einer präventiv-pädagogischen Arbeit sind vor allem Kenntnisse darüber zentral,

- ! was salafistische Strömungen für **Jugendliche** so attraktiv machen kann,
- ! wie sich erste Affinitäten zu islamistischen Ideologieangeboten beziehungsweise Akteuren bei **Jugendlichen** äußern können und
- ! wie in der – unter anderem häufig durch Fluidität von Orientierungen gekennzeichneten – **Jugendphase** adäquat mit ihnen umgegangen werden kann.

Zusätzlich ist es in der Arbeit mit schulischen und außerschulischen Multiplikator/innen nach Ansicht der wissenschaftlichen Begleitung notwendig, auch gegebenenfalls vorherrschende, einseitig problematisierende Sichtweisen auf muslimische Religiosität seitens der Pädagog/innen mitzubearbeiten. Denn sollten sie präsent sein, verstellen beziehungsweise erschweren

sie im pädagogischen Prozess einen vertrauensvollen Dialog mit muslimisch geprägten Jugendlichen. In der Erprobung entsprechender Qualifizierungsangebote, bei denen die jeweiligen Träger ihre je spezifischen Problemsichten mitreflektieren, sieht die wissenschaftliche Begleitung große Weiterentwicklungspotenziale.

c) Religiöse Wissensvermittlung an muslimische Jugendliche

Zwei pädagogische Praxisprojekte konstatierten verbreitete Wissensdefizite in Bezug auf die eigene Religion bei jungen Muslim/innen. Vor dem Hintergrund jugendphasenspezifischer Prozesse der (auch religiösen) Orientierungssuche, der Identitätsentwicklung und der politischen Sozialisation in einer werteppluralen Gesellschaft beschrieben sie die Notwendigkeit einer Erhöhung islambezogenen Wissens. Letzteres nahmen sie als „Schutzfaktor“ in Bezug auf islamistische Radikalisierung wahr: Insbesondere weil muslimische Jugendliche islamistische Inhalte häufig nicht als solche erkennen würden, erhöhe sich das Risiko, sich durch islamistische Ideologie- und Deutungsangebote angesprochen zu fühlen. Vor diesem Hintergrund arbeiteten beide Projekte ausschließlich mit muslimischen Jugendlichen und unterstützten deren Aneignung von Wissen zu verschiedenen islamischen Auslegungen in Abgrenzung zu islamistischen Positionen. Die Jugendlichen sollten somit in der Entwicklung von Kompetenzen gestärkt werden, zwischen islamischen und islamistischen beziehungsweise demokratiefeindlichen Einstellungen zu unterscheiden. Gemeinsam ist beiden Projektträgern, dass sie als islamische Träger agieren und über umfangreiches religiöses Wissen verfügen: Sie verfolgen übergreifend die Strategie „Mit dem Islam gegen Islamismus“. Eines der beiden Projekte setzte Angebote der religiösen und künstlerischen Bildung um und zielte darauf ab, dass vor allem muslimisch geprägte Jugendliche in ihrer religiösen Identität gestärkt werden und sie die Kompatibilität von Islam und modernem Leben in Deutschland wahrnehmen (können). Durch das Aufgreifen von Konflikthemen wie Geschlechterrollen und Umgang mit Angehörigen anderer Religionen sollte zwischen religiösen und kulturell tradierten Werten unterschieden und den Jugendlichen der Blick auf eine kontextsensible (im Kontrast zu einer wortgetreuen) Auslegung des Koran geöffnet werden. Zusätzlich wurde eine kunstpädagogische Verarbeitung der Inhalte ermöglicht: Die Jugendlichen wurden ermutigt, beispielsweise eigene Theaterstücke zu den behandelten Themen aufzuführen.

Das zweite Projekt, das ebenso religiöses Wissen auf- und ausbauen wollte, zielte zugleich darauf ab, muslimische Jugendliche zu religiösen **peer educators** ausbilden, die in der Folge eigene (präventive) Angebote für Jugendliche innerhalb und außerhalb ihrer Gemeinden anbieten (können). Die Wissensvermittlung war daher bei diesem Projekt dezidiert nicht nur auf religiöse Inhalte beschränkt, sondern sie umfasste auch politische, pädagogische und projektplanerische Inhalte. Im Rahmen von Jugendleiter/innenausbildungen wurde das Thema „individueller Wille“ diskutiert, wobei die individuelle Freiheit in einem gewissen Spannungsverhältnis zu spezifischen Vorstellungen über die islamische Gemeinschaft (die Umma) stehen kann. Hierbei galt es – laut Projekt – den Wert individueller Freiheit zu betonen und die Forderung nach dem vollständigen Aufgehen im „(islamischen) Kollektiv“ zu dekonstruieren. Ein zusätzliches wissensvermittelndes Angebot dieses Projekts war das Erstellen einer Internetseite, auf der religiöse Themen multiperspektivisch im Sinne von unterschiedlichen Koranauslegungen behandelt werden. Dies sollte eine Alternative zu religiösen Wissensvermittlungen bieten, die lediglich eine islamische Glaubensrichtung thematisieren.

Das große Potenzial eines Vorgehens, das mit der Strategie „Mit dem Islam gegen Islamismus“ umschrieben werden kann, liegt in der Möglichkeit, islamistische Argumentationen mittels religiöser Argumentationen zu dekonstruieren. Die Projektträger konnten aufgrund ihrer islamischen Ausrichtung in der Regel einen guten Zugang zu vor allem muslimischen Jugendlichen aufbauen und zugleich in ihrer demokratieorientierten Arbeit in spezifischer Weise vorbildhaft wirken. Eines dieser beiden genannten Projekte koppelte die Wissensvermittlung mit der (Weiter-)Entwicklung von eigener Jugendverbandsarbeit. Dies kann im Sinne der Prävention von islamistischem Extremismus langfristig eine durchaus sinnvolle Strategie sein: Ausgehend von wahrgenommenen jugendbezogenen Attraktivitätsdefiziten von Teilen der etablierten islamischen Verbände und einer angenommenen Attraktivität islamistischer (Jugend-)Angebote, kann der qualifizierte Auf- und Ausbau von Angeboten der Jugendarbeit zu einer Stärkung nichttraditionaler Organisationen führen. Eine mögliche Herausforderung liegt darin, im Rahmen der Strategie „Mit dem Islam gegen Islamismus“ keine rein religiöse Deutung oder Bearbeitung von (nicht allein religiösen, sondern auch gesellschaftlichen, sozialen und/oder politischen) Konflikthemen zu befördern beziehungsweise bei den teilnehmenden Jugendlichen vorrangig die religiösen Identitätsanteile wahrzunehmen oder diese überzubetonen.

d) Förderung von Ambiguitätstoleranz bei Jugendlichen, die in Bezug auf die Entwicklung von demokratiedistanten, islamistischen und/oder antisemitischen Orientierungen als gefährdet wahrgenommen werden

Ein Projekt, das bei einem freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe angesiedelt ist, stellte in seiner Problembeschreibung einen starken Bezug zum Programmgegenstand islamistischer Extremismus beziehungsweise Salafismus her. Dabei konzentrierte es sich in der Arbeit auf eine durch das Projekt als spezifisch unterstützungsbedürftig und in Bezug auf die Ausbildung von demokratiedistanten, antisemitischen und/oder islamistischen Orientierungen als „gefährdet“ wahrgenommene Zielgruppe: bildungsferne Jungen mit mehrheitlich muslimischem Hintergrund aus teilweise instabilen Lebensverhältnissen. Bei diesen Jungen wurde im Rahmen der pädagogischen Arbeit angestrebt, dass sie interreligiöse Vorurteile in der Begegnung mit anderen Jungen heterogener Herkunft und Religionszugehörigkeit sowie erwachsenen Glaubensvertreter/innen abbauen und Ambiguitäts- und Frustrationstoleranz auf- und ausbauen, um mit den Herausforderungen des Lebens in einer herkunftsheterogenen und wertpluralen Gesellschaft umgehen zu können. Ein spezifischer Bedarf im Hinblick auf Orientierung und eine Erhöhung des Wissens muslimischer Jugendlicher hinsichtlich islamischer Gebote und unterschiedlicher (auch liberaler) Auslegungen wurde unter anderem in jugendlichen Fokussierungen auf die Frage, was „halal“ („erlaubt“) und „haram“ („verboten“) sei sowie diesbezüglicher rigider Interpretationen beobachtet. In der weitgehend partizipativ und interreligiös ausgerichteten pädagogischen Arbeit wurde in diesem Projekt teilweise religiöses Grundwissen zu verschiedenen Religionen vermittelt (umgesetzt beispielsweise durch Exkursionen in andere Gotteshäuser). Die Modellhaftigkeit des Projekts lag in der Erprobung einer jungenspezifischen, interreligiös orientierten Begegnungsarbeit. Diese wurde durch männliche Fachkräfte umgesetzt und orientierte sich unter anderem an jungenspezifischen bewegungs- und wettbewerbsorientierten Interessen. Zugleich handelte es sich nur begrenzt um ein geschlechterreflektierendes Projekt, da interreligiöse Inhalte – und nicht die Reflexion von Männer- oder Frauenbildern – im Zentrum der Projektarbeit standen. In Bezug auf die konkrete pädagogische Arbeit mit als gefährdet wahrgenommenen Jugendlichen (hier: ausschließlich Jungen) verfolgte das Projekt

einen bewusst stigmatisierungsarmen Ansatz, indem mit Jungen unterschiedlicher Herkunft und Religion (und nicht ausschließlich mit Muslimen) und ohne forcierte Thematisierung von islamistischem Extremismus gearbeitet wurde.

Reflexionen anregen und sensibilisieren – Projekte mit einem direkten, um die Bearbeitung von Islam- und Muslimfeindlichkeit erweiterten Bezug zum Programmgegenstand islamistischer Extremismus

Eine zweite Gruppe von Projekten (rund 15 Prozent der Projekte) erweiterte den Problemfokus „islamistischer Extremismus“ um Islam-/Muslimfeindlichkeit und ging von wechselseitigen Wirkungszusammenhängen zwischen beiden Phänomenen aus, ohne dabei monokausal Islam-/Muslimfeindlichkeit als alleinige Ursache von islamistischem Extremismus anzunehmen. Diesen Projekten war gemeinsam, dass sie in der pädagogischen Arbeit mit ihren Zielgruppen sowohl für islamistische Ideologien und Akteure als auch für Islam-/Muslimfeindlichkeit sensibilisieren wollten. Mit dieser Fokuserweiterung bezogen die Projekte islamistischen Extremismus systematisch auf das spezifische Konfliktgefüge um „den“ Islam in Deutschland und vermieden bewusst eine ausschließliche Problematisierung von islamistischem Extremismus. Auf der Basis guter Kenntnisse der Lebenswelten vor allem von muslimischen Jugendlichen konkretisierten die entsprechenden Projekte die problematisierten Phänomene jugend- und lebensweltbezogen und konnten dabei teilweise auf ein ausgeprägtes sozialräumliches Vor-Ort-Wissen zurückgreifen. Die genannten Projekte leiteten aus ihren Situations- und Problemanalysen grundlegend zwei unterschiedliche Strategien ab: Sie fokussierten **vor allem** auf die **Umsetzung politischer Bildung mit Jugendlichen** oder boten **Beratungen und Fortbildung von sozialräumlichen Akteuren und Multiplikator/innen** an.

Aus Perspektive der wissenschaftlichen Begleitung soll übergreifend angemerkt werden, dass die Annahme, dass islam- und muslimfeindliche Diskriminierung beziehungsweise eine stellvertretend wahrgenommene Diskriminierung anderer Muslim/innen potenziell radikalisierungsbefördernd wirken kann, in der Fachliteratur sowie in den Einschätzungen pädagogischer Fachkräfte sehr präsent ist. Zugleich mangelt es in der Forschung noch an empirischen Belegen dieses angenommenen Zusammenhangs.

Vor der detaillierten Darstellung der Projektaktivitäten der hier beschriebenen Projekte folgt an dieser Stelle zunächst eine erste Übersicht über die konkreten Problembeschreibungen und abgeleiteten pädagogischen Umsetzungsstrategien.

Phänomenbezug/ inhaltlicher Bezug der Problembeschreibung der Modellprojekte	islamistischer Extremismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit
Konkrete Problem- beschreibung der MP	<ul style="list-style-type: none"> – unzureichende Differenzierung zwischen Islam und Islamismus und zugleich Präsenz von islambezogenen Vorurteilen, – mangelnde Bearbeitung beider Phänomene durch Multiplikator/innen, – religiöse Interpretation von sozialen Konflikten im Sozialraum, mangelnde Sensibilität und Bearbeitungskompetenz von sozial-räumlichen Akteuren hinsichtlich beider Phänomene
Strategie der Problem- lösung	<ul style="list-style-type: none"> – Prävention von islamistischem Extremismus und Islam- beziehungsweise Muslimfeindlichkeit umsetzen, für mögliche Wechselwirkungen zwischen beiden Phänomenen sensibilisieren, – politische Bildung mit Jugendlichen jeweils zu islamistischem Extremismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit, – Weiterbildung und Beratung von verschiedenen sozial-räumlichen Akteuren oder Multiplikator/innen zu beiden Phänomenen

Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (DJI).

a) Politische Bildung mit muslimisch geprägten und nichtmuslimischen Jugendlichen

Zwei Projekte nahmen bei muslimischen Jugendlichen eine starke Suche nach ihrer religiösen Identität wahr und beobachteten teilweise rigide und normierende Auseinandersetzungen darüber, was „halal“ („geboten“) und vermeintlich „haram“ („verboten“) sei. Dies werde dadurch verstärkt, dass in Familien, Schulen und Moscheen bestimmte Grundfragen wenig (kontrovers) diskutiert würden. Bei nichtmuslimischen Jugendlichen wurden wiederum vielfach islambezogene Vorurteile ausgemacht. Übergreifendes Ziel beider Projekte war es, muslimische und nichtmuslimische Jugendliche in ihrer identitätsbezogenen Orientierungsphase zu unterstützen, sie zu eigenständigem Denken anzuregen und sie in ihrer religiösen und/oder politischen Mündigkeit und Kritikfähigkeit zu stärken. Im Rahmen diskussionsorientierter Formate der politischen Bildung thematisierten die Projekte islamistischen Extremismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit parallel und zielten darauf ab, muslimische und/oder nichtmuslimische Jugendliche für beide genannten Phänomene zu sensibilisieren. Im Kontrast zu den auf den Seiten 15–22 dargestellten wissensvermittelnden, religiös bildenden Projekten wurde bei den genannten Projekten nicht primär religiöses Wissen vermittelt, sondern es wurden vor allem Normen und Werte des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie konkrete islambezogene Konfliktthemen im Alltag der Jugendlichen bearbeitet. Muslimischen und nichtmuslimischen Jugendlichen sollte in beiden Projekten vermittelt werden, dass Muslimisch-Sein und Demokratisch-Sein miteinander vereinbar sind und dass es möglich ist, ein/e Muslim/in in Deutschland zu sein und sich als solche/r zu fühlen. In diesem Kontext sollten die Jugendlichen die Differenzen zwischen islamischen und islamistischen Einstellungen erkennen und für die Unvereinbarkeit islamistischer Positionen mit einem toleranten und demokratischen Weltbild sensibilisiert werden. Einem der genannten Projekte war es zusätzlich wichtig, dass bei muslimischen Jugendlichen gegebenenfalls vorhandene Opferperspektiven hinsichtlich der Diskriminierung von Muslim/-innen reflektiert und reduziert wurden, da diese nach Sicht des Projekts Anknüpfungspunkte für islamistische Akteure und Ideologen bilden können.

In der pädagogischen Arbeit unterschieden sich die hier beschriebenen Projekte: Eines der beiden Projekte arbeitete mit (zumeist) drei Filmen, die vom Projektträger in einem Vorgängerprojekt zu verschiedenen Facetten von „Islam als Religion“ und zu Salafismus produziert wurden. Um Islam- beziehungsweise Muslimfeindlichkeit vertiefter als zuvor in der pädagogischen Arbeit zu thematisieren, wurde zum Projektende auch ein neuer Film zu diesem Thema produziert. Die Pädagog/innen nutzten die Filme als Gesprächsanlässe und setzten an den Reaktionen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf die Filme an. Dabei ging es beispielsweise in einer von der wissenschaftlichen Begleitung beobachteten Stunde um die Einrichtung eines Gebetsraums für muslimisch geprägte Jugendliche an der Schule, die kontrovers diskutiert wurde. Außerdem wurde, ausgehend von dem Spiel „Stille Post“, die zunächst mündliche und damit „interpretationsanfällige“ Überlieferung des Korans thematisiert. Ziel dieser Übung war es, rigide Annahmen von einem vermeintlich richtigen Islam vor dem Hintergrund der religionsgeschichtlichen Kontexte und der unterschiedlichen Interpretierbarkeit von Suren zu dekonstruieren.

Das zweite, mehrheitlich langzeitpädagogisch ausgerichtete Projekt fokussierte in seiner Arbeit mit vorrangig muslimischen Jugendlichen diskussionsorientiert auf die Themen muslimische Identität, Islambild in den Medien, Moscheebaukonflikte, Geschlechtergerechtigkeit und Antisemitismus. Islam-/Muslimfeindlichkeit wurden im Rahmen der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Diskursen um den Bau von Moscheen sowie Bildern „des“ Islam in den Medien thematisiert. Bezüglich der Thematisierung von islamistischem Extremismus setzte das Projekt in einer abschließenden Seminareinheit eine Positionierungsübung um, in der sich die Jugendlichen zu fiktiven Situationen „verhalten“ sollten. In den Situationen ging es um Antisemitismus, Homophobie und Zwangsheirat. Dabei standen jeweils vier Reaktionsmöglichkeiten zur Auswahl: eine islamistische, eine religiös-traditionelle, eine religiös-liberale und eine menschenrechtliche Handlungsoption. Die individuellen Positionierungen der Jugendlichen wurden dann ausführlich im Plenum diskutiert. Hinsichtlich der Themensetzung und des inhaltlichen Ablaufs formulierte das Projekt die Lernerfahrung, dass es vor dem Hintergrund der Zielgruppenzusammensetzung förderlich sei, Islamfeindlichkeit und Rechtspopulismus nicht als Abschluss des Seminars zu wählen: Man solle die vor allem muslimisch geprägten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einem positiven Blick auf die Gesellschaft entlassen. Auch sei es besonders in diesem Themenblock sinnvoll, mit den muslimisch geprägten Jugendlichen (realistische) Handlungsoptionen im Hinblick auf Islam- und Muslimfeindlichkeit zu erarbeiten. Als weitere Gelingensbedingung nannte das Projekt, islamistischen Extremismus als solchen erst zum Abschluss des Projekts zu bearbeiten, da zu diesem Zeitpunkt bereits gelerntes Wissen angewendet werden könne und das notwendige Vertrauen aufgebaut sei, um auch dieses sensible Thema zu diskutieren.

Die Analysen der wissenschaftlichen Begleitung unterstreichen die Einschätzung, dass insbesondere die kontroverse und differenzierte Diskussion von (alltagsnahen) Konfliktthemen um den Islam bei den Jugendlichen zur Förderung von Ambiguitäts- und Frustrationstoleranz beitragen kann. Die Modellhaftigkeit der Projektvorhaben lag in der Erprobung einer parallelen Thematisierung von islamistischem Extremismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit (unter Einsatz unterschiedlicher Methoden sowie im Rahmen von kurz- und langzeitpädagogischen Ansätzen). Auch wurden in den heterogenen Settings partiell pädagogische Erfahrungen in der Arbeit mit islamismusaffinen oder islamistisch orientierten Jugendlichen gesammelt. Eines der beiden Projekte beschrieb, dass insbesondere Pädagog/innen mit einem erkennbar muslimischen

Auftreten (zum Beispiel mit Kopftuch) zu der letztgenannten Gruppe von Jugendlichen leichter (persönlichen und inhaltlichen) Zugang finden.

b) Fortbildung und Beratung von sozialräumlichen Akteuren und Multiplikator/innen

Ausgehend von einer wahrgenommenen mangelnden Sensibilisierung sozialräumlicher Akteure für islamistische (und ultranationalistische) Strukturen thematisierten einige Projekte eine als ausbaufähig eingeschätzte Kompetenz, die Phänomene islamistischer Extremismus und Islambeziehungswise Muslimfeindlichkeit einzuschätzen sowie professionell zu bearbeiten. Abgeleitet von dieser Problemwahrnehmung boten drei Projekte Weiterbildungen und/oder Beratung für die Zielgruppe „sozialräumliche Akteure“ und „schulische und außerschulische Multiplikator/innen“ an. Ziel war es dabei, die Teilnehmenden für

a) die religiöse Vielfalt des Islam und islamische Jugendkulturen,

b) islamistische Ideologien und Akteure und

c) (vor dem Hintergrund einer in der Teilöffentlichkeit stark polarisierten Auseinandersetzung mit islambezogenen Themen) auch für Islam-/Muslimfeindlichkeit zu sensibilisieren.

Die sozialräumlichen Akteure und Multiplikator/innen sollten in ihrem Umgang mit den genannten Themen kompetenzorientiert gestärkt werden.

Ein sozialräumliches Projekt dieser Gruppe konkretisierte die Ausgangslage vor Ort als von Wissens- und Differenzierungsdefiziten geprägt: Vor dem Hintergrund eines mangelnden Wissens über die islamische Religion, vor allem aber über islamistischen Extremismus und türkischen Nationalismus sowie ausgeprägten islambezogenen Vorurteilen würden soziale Konflikte vor Ort vielfach religiös aufgeladen und die Konfliktursachen teilweise ausschließlich einer lokal ansässigen Gewalt ablehnenden, salafistischen Moschee im Stadtteil zugeschrieben. In Reaktion auf diese Ausgangslage setzte das Modellprojekt verschiedene Vernetzungs- und Sensibilisierungsangebote vor Ort um. Mit den Angeboten zielten die Projektmitarbeitenden darauf ab, einen Beitrag für die Differenzierung der öffentlichen Wahrnehmung „des“ Islam zu leisten und zugleich über Wissensvermittlung für (lokale) Entwicklungen von „islamistischem Extremismus“ und Ultranationalismus zu sensibilisieren. Als langfristiges Ziel sollte ein lokales Netzwerk gegen islamistischen Extremismus und türkischen Ultranationalismus aufgebaut werden, das vor Ort einen kompetenten Umgang mit diesen Phänomenen findet und (weiter-) entwickelt. Die Zielgruppen des Projekts waren lokale Akteure, die Betroffene von und Beteiligte an islambezogenen beziehungsweise ethnisierten Konflikten sind und in deren lokalem Umfeld islamistische und/oder ultranationalistische Akteure agieren. Das Adressatenspektrum reichte von zivilgesellschaftlichen Akteuren über thematisch Interessierte und (familial) Betroffene bis hin zu staatlichen Akteuren wie Verwaltungen und Polizei. In der Arbeit mit den heterogenen Zielgruppen übernahmen die Projektmitarbeitenden vernetzende und beratende Funktionen. Um professionelle, phänomenbezogene Beratungen vornehmen zu können, analysierte das Projekt zudem aktuelle lokale Entwicklungen islamistischer (insbesondere salafistischer) und ultranationalistischer Akteure. In diesem Rahmen wurde auch eine Handreichung zum aktuellen Salafismus und zum türkischen Ultranationalismus in Berlin und Deutschland publiziert, die wertvolle Differenzierungen der Phänomene vornimmt: Beispielsweise werden in der Handreichung phänomenbezogen verschiedene Strömungen, spezifische Konfliktodynamiken und relevante Attraktivitätsmomente für Jugendliche herausgearbeitet.

Zwei andere Projekte unterbreiteten vor allem pädagogischen Fachkräften (Weiter-)Qualifizierungsangebote. Den diesbezüglichen Bedarf zeigten nach Ansicht der Projekte vor allem verbreitete einseitig problematisierende Sichtweisen von Lehrkräften auf muslimisch geprägte Jugendliche und ein eingeschränkter Kenntnisstand zu islamischen Jugendkulturen und islamistischen Tendenzen an. Beide Projekte konzentrierten sich im Rahmen verschiedener Projektaktivitäten darauf, bei ihren Zielgruppen eine differenzierte Auseinandersetzung mit Islam, Islamismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit anzuregen.

Ein Projekt, das ein Schulnetzwerk initiiert hat, konzentrierte seine Weiterbildungsaktivitäten auf schulische Pädagog/innen des Netzwerks und bot inhaltliche und teilweise auch kunstpädagogische Qualifizierungen von Lehrkräften mit dem Ziel an, in zahlreichen Schulen im Bundesgebiet eine kunstpädagogische Auseinandersetzung mit den Themenfeldern islamistischer Extremismus sowie Islam- und Muslimfeindlichkeit anzuregen. In der Weiterbildung stand nicht ausschließlich die Vermittlung von Wissen im Fokus, sondern die pädagogischen Lehrkräfte wurden auch angeleitet, ihre gegebenenfalls islam- und muslimbezogenen Vorurteile zu reflektieren. Die Verknüpfung von Kunstpädagogik und politischer Bildung in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen hatte wiederum das Potenzial, niedrigschwellig und lebensnah mit den Jugendlichen politische und religiöse Themen zu bearbeiten. Zusätzlich wurde eine thematische Handreichung zu dem Themenkomplex entwickelt – konkret zu islamfeindlichen Entwicklungen in Deutschland, islamischen Jugendkulturen, islamistischen Ideologien, Gruppierungen und Aktivitäten. Das Projekt wies aufgrund seiner etablierten Netzwerkstruktur einen breiten Wirkungskreis auf, der sich über das gesamte Bundesgebiet erstreckte. Der Träger ergänzte im Rahmen des Projekts seine bisherige antirassistisch orientierte Ausrichtung um das spezifische Thema „Islam- beziehungsweise Muslimfeindlichkeit“ und vertiefte den Aspekt „islamistischer Extremismus“.

Das zweite (im Hinblick auf seine pädagogische Arbeit mit Jugendlichen bereits oben vorgestellte) Projekt zielte bei seinen ergänzend durchgeführten Multiplikator/innenfortbildungen primär auf die Vermittlung von Wissen zur Vielfalt islamischer Jugendkulturen. Zusätzlich wurde auch zu islamistischem Extremismus sowie zu Islam-/Muslimfeindlichkeit in Deutschland gearbeitet. Die Fortbildungen richteten sich vor allem an schulische und außerschulische Pädagog/innen (aber auch an die Polizei und an Mitarbeitende kommunaler Verwaltungen), die für die genannten Phänomene sensibilisiert und für den eigenständigen Einsatz der im pädagogischen Projekt eingesetzten Filmmaterialien befähigt werden sollten. Die Multiplikator/innen wurden darauf vorbereitet, weiterführende Diskussionen in pädagogischen Settings zu moderieren und gegebenenfalls intolerant-abwertende Einstellungen muslimischer Jugendlicher oder islamfeindliche Positionen nichtmuslimischer Jugendlicher zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang reflektierten die Projektmitarbeitenden mit den Teilnehmenden zum einen pädagogische Grundhaltungen mit dem Ziel, dass die Pädagog/innen eine prozessorientierte Moderation umsetzen und in der Arbeit mit den Jugendlichen eine interessierte, fragende Haltung einnehmen. Zum anderen wurden konkrete Fallstricke und Konfliktsituationen in der pädagogischen Arbeit zu den Filminhalten praxisnah thematisiert.

Insbesondere weil in aktuellen Fachdebatten islambezogene Vorurteile und Diskriminierungen als eine mögliche Radikalisierungsursache angenommen werden, stellt die selbstreflexive Auseinandersetzung von Pädagog/innen mit gegebenenfalls eigenen islambezogenen Vorurteilen aus

Sicht der wissenschaftlichen Begleitung eine wichtige Voraussetzung professioneller Präventionsarbeit dar. Auf Basis einer vorurteilsfreien Annäherung an muslimisch geprägte Jugendliche gelingen dialogische, respektvolle Zugänge leichter.

Polarisierungen entgegenwirken – Projekte ohne expliziten Bezug zum Programmgegenstand islamistischer Extremismus

Eine dritte Gruppe von Projekten (rund 50 Prozent der Projekte) löste sich in der Problembeschreibung weitgehend vom Programmgegenstand islamistischer Extremismus und konzentrierte sich auf verschiedene Aspekte des Zusammenlebens in einer Einwanderungsgesellschaft. Im Fokus stand dabei die Zielsetzung, Polarisierungstendenzen in gesellschaftlichen Diskursen zum Islam in Deutschland entgegenzuwirken. Aber auch der Abbau von strukturellen Asymmetrien (zum Beispiel zwischen Migrantenorganisationen und islamischen Vereinen auf der einen und etablierten mehrheitsdeutschen Trägern auf der anderen Seite) war für einzelne Projekte Ziel, da diese strukturellen Bedingungen unter anderem einen negativen Einfluss auf die Quantität und Qualität von Jugend- und Präventionsarbeit haben können.

Die jeweiligen konkreten Zielsetzungen der entsprechenden Projekte (zum Beispiel die Förderung interreligiöser Begegnung von Jugendlichen zum Abbau wechselseitiger Vorurteile) wurden seitens der jeweiligen Projekte nicht direkt beziehungsweise nicht vorrangig in den Zusammenhang einer Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse gebracht, sondern als eigenständige Ziele bearbeitet. Ein Großteil der hier beschriebenen Projekte konzentrierte sich in seiner Beschreibung der Ausgangslage auf Weiterentwicklungsbedarfe der pädagogischen Arbeit mit muslimischen und nichtmuslimischen Jugendlichen und der Arbeit mit muslimischen und nichtmuslimischen Eltern. Der andere Teil der Projekte fokussierte auf die Stärkung und Professionalisierung von Strukturen und Angeboten der Jugendarbeit von Migrantenorganisationen sowie von Kooperationsbezügen einer christlichen Jugendorganisation mit muslimischen Partnern.

Der verbindende Kern dieser primär auf Förderung und Empowerment ausgerichteten Projekte zeigt sich in deren Zielsetzungen, primär die Ressourcen für das Leben in einer Einwanderungsgesellschaft sowie deren Mitgestaltung zu verbessern. Die gezielte Reduktion von spezifisch benannten Risikofaktoren im Hinblick auf islamistische Radikalisierung stand – zumindest in der Eigenlogik der Projekte – nicht (vorrangig) im Fokus. Ebenso wurde nicht mit Jugendlichen gearbeitet, die als radikalierungsgefährdet wahrgenommen werden, oder mit Organisationen, die antidemokratisch ausgerichtet sind. Aus den verschiedenen Situationsanalysen leiteten die beschriebenen Projekte drei Strategien ab:

- a) **kompetenzorientierte interreligiöse und politische Bildung für muslimisch geprägte und nichtmuslimische Jugendliche,**
- b) **Förderung der Ambivalenz- und Ambiguitätstoleranz bei nichtmuslimischen und muslimischen Eltern und**
- c) **Empowerment von Migrantenorganisationen und Sensibilisierung christlicher Organisationen für Kooperationsbeziehungen „auf Augenhöhe“ mit muslimischen Partnern.**

Zur ersten Veranschaulichung der hier zusammengefassten Projekte mit ihren je verschiedenen Problembeschreibungen und -lösungsstrategien dient die folgende Abbildung.

Phänomenbezug/ inhaltlicher Bezug der Problembeschreibung der Modellprojekte	Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft
Konkrete Problem- beschreibung der MP	<ul style="list-style-type: none"> - islambezogene(s) Wissensdefizit und Vorurteile bei Jugendlichen, - mangelnde Sichtbarkeit und Partizipation von muslimischen Jugendlichen, - mangelnde Ambiguitäts- und Konfliktkompetenz von Eltern, - ehrenamtliche Strukturen und ausbaufähige Jugendarbeit aufseiten (muslimischer) Migrantenorganisationen
Strategie der Problem- lösung	<ul style="list-style-type: none"> - islambezogenen Polarisierungstendenzen über Kompetenzförderung und Empowerment entgegenwirken, - kompetenzorientierte interreligiöse und politische Bildung für Jugendliche, - Förderung von Kompetenzen von Eltern, - Empowerment von Mitarbeitenden in (Migranten-)Organisationen

Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (DJI).

a) Kompetenzorientierte interreligiöse und politische Bildung für muslimisch geprägte und nicht-muslimische Jugendliche

Ausgangspunkt seitens der entsprechenden Projekte waren eine als mangelnd wahrgenommene Partizipationskompetenz und Ambiguitätstoleranz bei vor allem muslimisch geprägten und teils nichtmuslimischen Jugendlichen, aus der aber (im Unterschied zu anderen Projekttypen) keine dezidierte Gefährdung für Radikalisierungsprozesse abgeleitet wird. Um Partizipationskompetenz und Ambiguitätstoleranz zu stärken, fanden in den jeweiligen Praxisumsetzungen vor allem die Formate interreligiösen Lernens, der politischen (und politisch-historischen) Bildung sowie der Partizipationsförderung Anwendung. Damit standen im Zielfokus dieser Projekte

- ! die Förderung von interreligiöser Kompetenz,
- ! ein Empowerment von Jugendlichen und
- ! eine Stärkung von Partizipationsfähigkeiten.

Im Gegensatz zu den wissensvermittelnden und für verschiedene Phänomene sensibilisierenden Projekten (vergleiche Abschnitt Seite 15 – 27) handelte es sich hierbei um Modellprojekte, die sich diskussionsorientiert mit der religiösen Vielfalt des Islam und islambezogenen Vorurteilen auseinandersetzten und nicht forciert (wenn auch gegebenenfalls anlassbezogen) islamistischen Extremismus und Formen ausgeprägter Islam-/Muslimfeindlichkeit thematisierten. Hinsichtlich der Zielgruppen unterschieden sich die hier zusammengefassten Projekte stark, die Angebote reichten von Maßnahmen in herkunftsheterogenen Settings bis hin zu Angeboten ausschließlich für muslimische oder aber nichtmuslimische Jugendliche.

Die Bandbreite der hier beschriebenen Projekte wird im Folgenden exemplarisch und damit eher grob differenziert beschrieben.

In **heterogen** zusammengesetzten Teilnehmergruppen arbeiteten die Projekte mit muslimischen und nichtmuslimischen Jugendlichen politisch bildend und interreligiös. Beispielsweise wurden in interreligiösen Begegnungsangeboten jüdische, christliche, muslimische und gegebenenfalls andersreligiöse Traditionen und Lebensweisen thematisiert. In diesem Zusammenhang sollten bei den teilnehmenden Jugendlichen ein toleranter Umgang mit Angehörigen anderer Religionen gefördert und religiöse Vorurteile abgebaut werden. Viele Untersuchungen von interreligiösen Begegnungsangeboten zeigen, dass der angestrebte vorurteilsabbauende Effekt vor allem in mittel- und langfristigen Begegnungsangeboten nachweisbar ist, wenn die Teilnehmenden über einen ähnlichen Status und ähnliche Interessen verfügten und ein gemeinsames Ziel verfolgten. Diese Voraussetzungen herzustellen, kann vor allem vor dem Hintergrund des „Mangels“ an gleichaltrigen jüdischen Jugendlichen eine Herausforderung für interreligiöse Begegnungsprojekte darstellen. Gerade die Einbindung von gleichaltrigen jüdischen Jugendlichen könnte jedoch aufgrund der weiten Verbreitung von antisemitischen Orientierungen bei muslimischen (und nichtmuslimischen) Jugendlichen von hoher Bedeutung für die Beförderung des Abbaus von antisemitischen Vorurteilen über persönliche Begegnung sein. Eine übergreifende Herausforderung dieser Projekte lag gleichzeitig (fast widersprüchlich) darin, die teilnehmenden Jugendlichen nicht zu Repräsentant/innen ihrer Religion zu stilisieren. Durch eine Stellvertreterfunktion, die den Jugendlichen gegebenenfalls zugeschrieben wurde, kann – vor allem bei der Teilnahme von wenigen Jugendlichen einer Religionszugehörigkeit – die Religionen und Religionsauslegungen innewohnende Vielfalt in den Hintergrund treten. Eine (Über-)Betonung religiöser Aspekte kann zudem ungewollt eine vorrangig religiöse und damit einseitige Interpretation sozialer Konfliktlagen befördern.

Ein anderes pädagogisches Format, das mit muslimischen und nichtmuslimischen Jugendlichen umgesetzt wurde, ist politische Bildung. Ein Projekt beispielsweise arbeitete im schulischen Kontext und erreichte dort mehrheitlich nichtmuslimische Jugendliche. Bei diesen sollten seitens des Projekts wahrgenommene kognitive Dissonanzen, die bei der Rezeption islamfeindlicher Äußerungen in den Medien und deren Abgleich mit den positiven sozialen Erfahrungen mit Muslim/innen im Nahumfeld der Jugendlichen entstehen können, abgebaut werden. Zu diesem Zweck sollte ein kompetenter, kritischer Umgang mit teils verzerrten Darstellungen „des“ Islam in den Medien erlernt werden. Zusätzlich sollten die Jugendlichen empowert werden, als Demokratiebotschafter/innen und selbst organisiert und als peer educators eigene Angebote an ihrer Schule zu realisieren. In der Umsetzung folgten nach einer Auftaktveranstaltung, in der verschiedene Themen der politischen Bildung gesetzt wurden (Sicherheitsdebatten nach dem 11. September 2001, Meinungsfreiheit im Spannungsfeld der Sicherheitsdebatte, die Vielfalt „des“ Islams, Erkennen von Islamisten und islamistischen Ideologien und den Umgang mit Rechtsterrorismus in Norwegen) selbst organisierte Bildungsprozesse: Im Rahmen von Demokratiewerkstätten sollten interessengeleitet und eigenständig einzelne Themen weiter vertieft werden. Begleitung und Unterstützung bot der Projektmitarbeitende bei der Ideenfindung für eigene Angebote und deren Umsetzung an. Im Ergebnis wurde ein pädagogisches Angebot der Jugendlichen für ihre Mitschüler/innen an einer Schule realisiert, ein „Tag gegen Extremismus“. Das Modellhafte dieses Projekts liegt in der Verbindung von Demokratiebildung, Partizipationsförderung und themenbezogener politischer Bildung. Als Herausforderung dieses Ansatzes zeigte sich in der pädagogischen Arbeit, insbesondere in der stark partizipativ ausgerichteten Arbeitsphase des Projekts, den thematischen Rahmen des Projekts „Islam in Deutschland“ und „islamistischer Extremismus“ bei den Jugendlichen präsent zu halten und zu bearbeiten.

Ein Projekt, das mehrheitlich **ausschließlich** mit muslimisch geprägten Jugendlichen arbeitete, wollte vorrangig deren gesellschaftliche Teilhabe verbessern. Ausgangspunkt war die Wahrnehmung, dass eine ausgeprägte gesellschaftliche Polarisierung in Bezug auf Muslim/innen existiert und die Mehrheitsgesellschaft wenig Wissen über muslimische Lebenswelten hat. Das Projekt beobachtete bei den muslimisch geprägten Jugendlichen eine starke Verunsicherung im Hinblick auf die Frage ihrer Zugehörigkeit zu Deutschland. Auch erhielten diese Jugendlichen in der Öffentlichkeit (vor allen in den Medien) wenig Raum, ihre Lebenswelten und Sichtweisen zu beschreiben. Mittels eines stark partizipativ ausgerichteten Ansatzes setzten sich die muslimischen Jugendlichen im Projekt in selbst gewählten Themengruppen mit dem Bild von Muslim/innen in den Medien, mit Diskriminierung und Chancengleichheit, gesellschaftlicher Partizipation, muslimischer Identität und innerislamischer Vielfalt auseinander. Ein weiteres Ziel war die Umsetzung von öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten und Kampagnen durch die Jugendlichen selbst, um zur eigenen „Sichtbarmachung“ beizutragen. Ein förderlicher Faktor im Zugang und in der pädagogischen Arbeit mit den vor allem muslimischen Jugendlichen war nach Ansicht des Projekts die Gewinnung von muslimischen, teils charismatischen Moderator/innen. Das Projekt zeichnete sich durch ein konzeptionell verankertes Bestreben aus, den vor allem muslimischen Jugendlichen auf Augenhöhe zu begegnen und sie zu aktiver Projektbeteiligung anzuregen. Bei der Bildung der Themengruppen und der langzeitpädagogischen Auseinandersetzung mit den teilnehmenden Muslim/innen standen die Interessen der Jugendlichen an erster Stelle. Dies geschah vor dem Hintergrund der Maxime, Partizipation real erfahrbar zu machen und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen. Darüber hinaus birgt nach Ansicht der wissenschaftlichen Begleitung das praktizierte anlassbezogene Auseinandersetzen mit Konflikten in der Gruppe und mit gesellschaftlichen Konfliktthemen ein stark selbstaufklärendes Potenzial.

b) Förderung der Ambivalenz- und Ambiguitätstoleranz von muslimischen und nichtmuslimischen Eltern

Im Rahmen des Bundesprogramms widmeten sich verschiedene Projekte (teils eher randständig) der Beratung von muslimischen Eltern. Ein Modellprojekt, das ausschließlich Elternarbeit umsetzte, ging von psychologischen und kulturanalytischen Theorien aus: Verhärtungen und Erstarrungen in familialen Bindungen und Kommunikationsmustern sowie in Auseinandersetzung mit Autonomiebestrebungen des Kindes können (frühkindliche) Belastungen mit sich bringen, die auch im Jugendlichen- und Erwachsenenalter zu „Erstarrungen“ und zur Herausbildung fundamentalistischer oder rigider Orientierungen beitragen können. Um die Kompetenzen von Eltern zu fördern, mit Konflikten in Familie und Partnerschaft konstruktiv und unter Beachtung der Interessen des Kindes umzugehen sowie eine Toleranz von emotionalen Ambivalenzen (weiter-)auszubauen, entwickelte ein Projekt ein Curriculum für die Arbeit mit Eltern unterschiedlicher Herkunft und Religion. Das Curriculum, das in einem Mütterkurs erprobt wurde, umfasst die Auseinandersetzung mit Erziehungs- und Partnerschaftsvorstellungen, mit Religion und mit Konflikten mit Einrichtungen wie zum Beispiel Kindergärten. Diese Themen wurden teils in erfahrungsbasiertem Austausch zwischen Müttern und Mitarbeitenden diskutiert (hier diente unter anderem eine fiktive Paargeschichte als erzählgenerierendes und diskussionsförderndes Mittel) und teils in Form von Wissensvermittlungen beispielsweise zur Psychogenese des Kindes oder zu Religion und Säkularisierung in Europa angeregt. Das Modellhafte dieses Projekts lag in seiner Fokussierung auf ein teilweise (zumindest im Rahmen des Bundesprogramms) noch wenig bearbeitetes Feld: Elternarbeit, spezifisch die Arbeit mit musli-

mischen und nichtmuslimischen Eltern kleiner Kinder. Dabei gelang es dem Projekt, sich einen Zugang zu muslimischen Müttern aufzubauen und unter anderem eine salafistisch orientierte Mutter einzubinden. Förderlich für die Erreichung der Zielgruppe waren vor allem persönliche Kontakte zu Familien, deren Kinder einen deutsch-türkischen Kindergarten besuchen. Aus Sicht des Projekts hat sich die erprobte intergenerationelle und interdisziplinäre Zusammensetzung des Teams sehr bewährt: Indem eine intergenerationelle und kultursensible Auseinandersetzung mit Erziehungs-, Partnerschafts- und Gesellschaftsvorstellungen in den Herkunftsländern und in Deutschland forciert wurde und den Teilnehmerinnen ein toleranter Umgang mit unterschiedlichen Vorstellungen vorbildhaft im Team vorgelebt werden konnte, rückten wichtige Polarisierungstendenzen und Konfliktlinien in der Einwanderungsgesellschaft ins Blickfeld. Eine Herausforderung bei diesem Bildungsformat war die Übersetzung des komplexen theoretischen Rahmens (Annahmen der Psychoanalyse, Kulturanalyse und Religionsphilosophie) in einen bildnerischen Prozess mit Müttern unterschiedlicher Bildungsherkunft, der nicht überfordert. In der Reflexion der Projekterfahrungen betonten die Mitarbeitenden, dass sie für die Vermittlung von Wissen in Zukunft noch stärker an die eingesetzte fiktive Paargeschichte zurückbinden möchten, um theoretische Inhalte auf diesem Weg lebens- und alltagsnäher zu vermitteln.

c) Empowerment von Migrantenorganisationen und Sensibilisierung christlicher Organisationen für gleichberechtigte Kooperationsbeziehungen „auf Augenhöhe“ mit muslimischen Partnern

Zwei Projekte nahmen primär strukturelle Unterschiede zwischen Migrantenorganisationen und etablierten mehrheitsdeutschen Organisationen (zum Beispiel bezüglich Haupt- und Ehrenamtlichkeit der Arbeit) zum Ausgangspunkt ihrer Projektvorhaben.

Ein Modellprojekt problematisierte die sich aus strukturellen Asymmetrien ergebenden eingeschränkten Möglichkeiten der gesellschaftspolitischen Partizipation der Migrantenorganisationen (zum Beispiel Beteiligung an Förderprogrammen, Gremienarbeit) und der geringeren Kapazität für (Weiter-)Qualifizierung der eigenen Arbeit. Daraus leitete das Projekt einen Bedarf an spezifischen Coachingangeboten für Migrantenorganisationen ab. Mit dem umgesetzten Coaching sollte erreicht werden, dass Menschen in säkularen und religiösen Migrantenorganisationen

- ! in ihrem Engagement für Toleranz, Demokratie und Menschenrechte unterstützt,
- ! in der Entwicklung eigener Projektideen gestärkt und
- ! in Bezug auf die Akquise von Fördermitteln (Stellen von Projektanträgen) qualifiziert werden.

Um einen inhaltlichen Ausgangspunkt zu legen, wurden in den Fortbildungsangeboten zur Fördermittelakquise teilweise Studienergebnisse zu (islamistischen und antisemitischen) Einstellungen bei Migrant/innen sowie pädagogische Präventionsansätze vorgestellt. Wichtigstes Kernstück der Fortbildungen war jedoch die Arbeit an eigenen Projektideen der Teilnehmer/innen im Rahmen von Projektwerkstätten. Dabei waren leitende Prinzipien der Fortbildungen und Coachings ein partizipatives Herangehen und eine Orientierung an den Interessen und Bedarfen der Teilnehmenden. Übergreifend hat sich gezeigt, dass – trotz des partizipativen Vorgehens – neben eher „allgemein interkulturellen“ und partizipativ orientierten Konzepten auch programmnahe Projektideen zu beispielsweise „Homophobie unter Muslimen“ und „Sexuelle Orientierung und religiöse Identität“ entwickelt wurden. Die Projekterfahrungen zeigen zugleich, dass die zentrale Bedingung für die Weiterentwicklung von Projektideen und insbeson-

dere für das Stellen von Projektanträgen die (langfristige) Motivation mindestens einer Person in den Migrantenorganisationen ist, die als „Motor vor Ort“ das Anliegen vorantreibt. Die Zugangserschließung zu Migrantenorganisationen und der Erfolg des Coachings wurden aus Sicht der Projektmitarbeitenden insbesondere dadurch befördert, dass der Träger des Projekts selber eine bundesweit agierende Migrantenorganisation ist. In diesem Vorgehen liegt gleichzeitig die Innovativität des Vorgehens begründet. Langfristig war angestrebt, durch Angebote des Coachings und der Organisationsberatung säkulare und religiöse Migrantenorganisationen sichtbarer zu machen, ihre Potenziale im Hinblick auf präventive (Jugend-)Arbeit zu stärken und ihre Konkurrenzfähigkeit bezüglich der Akquise öffentlicher Gelder für Präventionsprojekte zu erhöhen.

Ein anderes Projekt eines Trägers mit christlicher Ausrichtung problematisierte, dass mit muslimischen Organisationen nicht genügend Kooperationen auf Augenhöhe umgesetzt wurden. Dabei sahen sie – ausgehend von der wahrgenommenen unterschiedlichen Ressourcenausstattung etablierter mehrheitsdeutscher Träger und muslimischer Vereine – eine Herausforderung darin, muslimische Organisationen angemessen und gleichwertig in die Konzeption und Umsetzung von Projekten einzubinden. Übergeordnete Ziele des Projekts waren somit eine interkulturelle Öffnung der eigenen Verbandsstrukturen und die Sensibilisierung für strukturell angelegte Kooperationsherausforderungen sowie für (teils differente) Perspektiven und Bedarfe von muslimischen Jugendlichen. Langfristig sollten über diesen Weg Strukturen eines evangelisch-islamischen Jugenddialogs weiter etabliert und vernetzt werden. Darüber hinaus sollte (angeregt durch die lokalen Kooperationen) die Jugendarbeit in muslimischen Organisationen unterstützt werden. Indem zusätzlich eine Datenbank über Projekte des interreligiösen Jugenddialogs in Deutschland aufgebaut wurde, sollten darüber hinaus eine Vernetzung und ein Erfahrungsaustausch zwischen interreligiös arbeitenden Projekten mit Jugendlichen angeregt werden. Die Lernerfahrungen des Projekts zeigen, dass für die Kooperationsarbeit mit unterschiedlich umfangreichen personellen, zeitlichen und räumlichen Ressourcen der muslimischen Partner vor Ort und den gegebenenfalls unterschiedlich gelagerten Bedarfen meist sensibilisierende, dialogische und teils kreative Herangehensweisen an Kooperationsprojekte notwendig sind.

Einschätzung der wissenschaftlichen Begleitung zum Programmbereich islamistischer Extremismus

Auf die dargestellten, heterogenen Projektpraxen im Programmbereich soll abschließend ein bilanzierender Blick gelegt werden, der mit einer Kurzeinschätzung der wissenschaftlichen Begleitung verbunden ist.

In der Annäherung an das weitgehend neue Präventionsfeld standen insbesondere Projekte, die in ihrer Problembeschreibung einen direkten (teils auch um Islam- beziehungsweise Muslimfeindlichkeit erweiterten) Bezug zum islamistischen Extremismus hergestellt haben, vor der Herausforderung, sich eine phänomenbezogene Expertise zu erarbeiten oder weiterzuentwickeln: Dies beinhaltete im Rahmen der direkten pädagogischen Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus, jeweils die Grenzen zwischen Islam als Religion und islamistischem Extremismus zu ziehen und jugendspezifische Erscheinungsformen von islamistischem Extremismus herauszuarbeiten. In diesem Sinne trieb ein Teil der (vorrangig islamwissenschaftlich versierten) Programmakteure die analytische Auseinandersetzung mit dem Phänomen islamistischer Extremismus im Laufe des Bundesprogramms voran und nahm zentrale Differen-

zierungen von einzelnen islamistischen Strömungen, Ideologien und jugendbezogenen Attraktivitätsmomenten vor. Zugleich wurden bei einer anderen Gruppe von Projekten Unsicherheiten bezüglich der Beschreibung und Einordnung des Phänomens islamistischer Extremismus, einer adäquaten Differenzierung von Islam und Islamismus sowie hinsichtlich jugendphasenspezifischer beziehungsweise jugendadäquater „Übersetzungen“ im Rahmen pädagogischer Praxis sichtbar. Resümierend kann festgehalten werden, dass phänomenbezogene Einschätzungen insbesondere dann gut von Projekten vorgenommen werden konnten, wenn ein fundiertes islambezogenes (teils islamwissenschaftliches) Wissen mit ausgewiesenen pädagogischen Kenntnissen verbunden werden konnte.

Im Rahmen des Bundesprogramms konnten übergreifend insbesondere dort präventive Ansätze mit hohem Gegenstandsbezug umgesetzt werden, wo es gelang, (Teil-)Elemente des islamistischen Extremismus (zum Beispiel Abwertung von Angehörigen anderer Religionen, aber auch von Muslim/innen, die vermeintlich nicht den richtigen Islam leben) für und mit Jugendliche(n) zu konkretisieren, zu bearbeiten sowie ideologische Argumentationen zu dekonstruieren. Nach Ansicht der wissenschaftlichen Begleitung birgt – bei allen dem Ansatz auch inhärenten Grenzen und Herausforderungen – die innerreligiöse Auseinandersetzung mit islamistischen Ideologien und die Gegenüberstellung mit alternativen, liberalen islamischen Auslegungen (Strategie „Mit dem Islam gegen Islamismus“) durchaus ein großes präventives Potenzial. Die entsprechenden Modellprojekte können vielfach aus einer religiösen Binnenperspektive heraus agieren und genießen bei den Jugendlichen daher häufig eine spezifische Akzeptanz im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus. Angebote einer diskussionsorientierten beziehungsweise partizipativ ausgerichteten politischen Bildung – teilweise in Kombination mit medienpädagogischen Ansätzen – zeigten in den bisherigen Umsetzungen das Potenzial, alltagsnah an Konfliktthemen, bei denen ein Bezug zu „dem“ Islam hergestellt wird, anzusetzen und mögliche komplexe Wechselwirkungen zwischen islamistischem Extremismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit jugendgerecht zu beleuchten. Hierbei lag ein Fokus auf der Förderung von Kompetenzen wie Ambiguitätstoleranz und Konfliktfähigkeit, die für das Leben in einer demokratisch verfassten Gesellschaft und das Mitgestalten zentral sind. In intensiven Auseinandersetzungen wurde den Jugendlichen eine Differenzierungskompetenz (im Sinne einer Abgrenzung der Religion Islam von Islamismus) vermittelt, die sie nutzen können, um islamistische Positionen kritisch zu hinterfragen. Projekte, die in problembelasteten Stadtteilen beispielsweise im Umfeld einer islamistischen beziehungsweise salafistischen Moschee tätig waren und dort sozialisationsrelevante Akteure sensibilisierten, empowernten und vernetzten, leisteten einen Beitrag zur Stärkung der Einordnung- und Handlungskompetenz lokaler Akteure.

Auf der Ebene der Zugängerschließung zu muslimischen Jugendlichen konnten im Rahmen des Bundesprogramms zusätzlich wertvolle Erfahrungen gesammelt werden. Einzelne Projekte erprobten darüber hinaus den Zugang und die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen in spezifischen Risikokonstellationen beziehungsweise mit ersten Affinitäten zu islamistischen Ideologien und Akteuren. Diese Träger entwickelten anspruchsvolle, interreligiöse oder politische Bildungsangebote, in denen problematische Einstellungen von islamismusaffinen Jugendlichen teilweise irritiert werden konnten. Zugleich kann für den Bereich der Arbeit mit Jugendlichen mit ersten Affinitäten ein hohes (Weiter-)Entwicklungspotenzial konstatiert werden.

Abschließend eine Anmerkung zur Gesamtbedeutung des Bundesprogramms: Durch die pädagogische Bearbeitung von islamistischem Extremismus in Praxisprojekten ist der zunächst überwiegend sicherheitspolitisch geprägte Blick auf das Phänomen teilweise um einen „pädagogischen Blick“ erweitert worden. Viele Projekte trugen nach Ansicht der wissenschaftlichen Begleitung zu einer Versachlichung und Erweiterung der Debatten um islamistischen Extremismus bei, indem sie versuchten, mögliche (jugendspezifische) Ursachengefüge und Manifestationen zu beleuchten.

3.2 Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zum Programmbereich „Linksextremismus“

Im Folgenden werden zentrale Evaluationsergebnisse zum Programmbereich Linksextremismus präsentiert. Der Ergebnisdarstellung (Abschnitt Seite 35 – 36) vorangestellt ist eine Beschreibung der Ausgangs- und Kontextbedingungen der Arbeit der geförderten Projekte, da sich diese als zentrale Einflussfaktoren auf die pädagogische Praxis erwiesen haben (Abschnitt Seite 34 – 35).

Ausgangsbedingungen und Kontextbedingungen der Präventionsarbeit im Bereich Linksextremismus

Es zeigt sich insbesondere im Programmbereich Linksextremismus sehr deutlich: Die politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Rahmenbedingungen eines Bundesprogramms haben Auswirkungen auf die Projektpraxis. Die Beschreibung und Analyse von Rahmenbedingungen ermöglicht daher ein Verständnis dafür, wie sich die geförderten Modellprojekte jeweils auf den Programmgegenstand Linksextremismus bezogen und wie sie sich das vergleichsweise neue Arbeitsfeld erschlossen. Für den Programmbereich Linksextremismus war folgende Ausgangskonstellation praxisprägend:

Aufgrund einer weitgehend fehlenden sozialwissenschaftlichen Forschung ist das Arbeitsfeld **„Prävention von Linksextremismus im Jugendalter“ wissenschaftlich bislang unzureichend bearbeitet** – insbesondere in Hinblick auf die Frage, was konkret (pädagogisch) bearbeitbare und bearbeitungswürdige Aspekte des gemeinhin als Linksextremismus bezeichneten Phänomens sind, welche Ursachen zugrunde liegen und welche Jugendrelevanz Linksextremismus hat. Damit einher geht eine grundlegende **Ungleichzeitigkeit zwischen der Arbeit an modellhaften Präventionskonzepten auf der einen und der dafür notwendigen, aber weithin noch fehlenden wissenschaftlichen Bearbeitung auf der anderen Seite.**

Seit dem Programmstart hat es in Bezug auf diese Ausgangskonstellation erste Fortschritte gegeben: Im Rahmen des Bundesprogramms wurden durch das DJI einige Expertisen erarbeitet, zwei Forschungsvorhaben laufen aktuell noch. Eine vom DJI herausgegebene Tagungsdokumentation versammelt Facettendiagnosen zu den Autonomen, zur Antifaszene, zu linksextremen Einstellungsmustern und zum 1. Mai. Die Dokumentation behandelt sehr heterogene Gruppen und Entwicklungen (Autonome, Antifa, Hausbesetzer/innen) mit jeweils markanten Eigenlogiken, die nur schwer unter den gemeinsamen Oberbegriff Linksextremismus gefasst werden können. In ihrer Breite machen die Beiträge sichtbar, dass hier Phänomene jugendlicher Militanz sichtbar werden, die in unterschiedlichen politischen und sozialen Konfliktkontexten (zum Beispiel Globalisierung, Bankenkrise, Rechtsextremismus) entstehen und eher von Szenelogiken geprägt sind, als dass geschlossene linksextreme Weltbilder eine Rolle spielten.

Zur Ausgangskonstellation gehörten zudem **Herausforderungen, den Begriff des Linksextremismus in die pädagogische Praxis zu übersetzen**. Dies liegt vor allem an dem oben beschriebenen Wissensdefizit und an unterschiedlichen Herangehensweisen und Perspektiven der beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen: Auf der einen Seite steht die vergleichsweise abstrakte politikwissenschaftliche Extremismustheorie, die in der Totalitarismus- und Parteienforschung sowie der Ideengeschichte verwurzelt ist, in deren Rahmen „extremistisch“ über ein spezifisches Verhältnis zur Verfassung definiert wird und wenige Aussagen über Ursachen von Radikalisierung getroffen werden (können), und auf der anderen Seite stehen pädagogische Handlungsfelder, die jugendliche Sozialisationsprozesse und -instanzen (Medien, Peers, Sozialraum) im Blick haben. Für die pädagogische Praxis stehen somit zwar kognitive Wissensbestände über „Extremismus“ zur Verfügung, es existiert aber wenig Wissen darüber, ob, wie und unter welchen Bedingungen Jugendliche sich politisch radikalieren. Es liegt somit **wenig Wissen vor, an dem pädagogische Präventionspraxis ansetzen kann**, die über reine Wissensvermittlung und Aufklärung hinausgeht.

Eine weitere Herausforderung für die Projekte gründete in **Akzeptanzproblemen des Begriffs Linksextremismus** in Teilen der Öffentlichkeit, Wissenschaft, bei anderen pädagogischen Trägern und nicht zuletzt bei den Zielgruppen. Schwierigkeiten traten vor allem bei der Akquise von Projektpartnern auf der Ebene von Trägern der Jugendarbeit auf, aber auch teilweise bei der Akquise von Schulklassen für Aufklärungsformate über Linksextremismus.

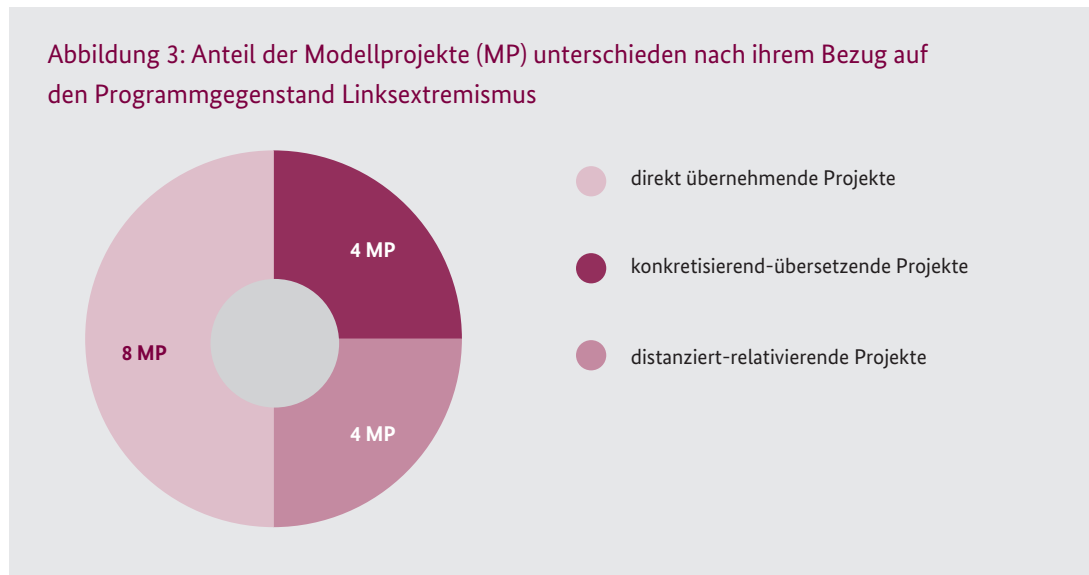
Herausforderungen für die Modellprojekte	
– fehlende sozialwissenschaftlichen Forschung zur Jugendrelevanz von Linksextremismus	– Probleme bei der Suche nach (pädagogisch) bearbeitbaren und bearbeitungswürdigen Aspekten von Linksextremismus
– fehlende Akzeptanz des Begriffs Linksextremismus	– Schwierigkeiten in der Kooperation mit anderen Trägern, – öffentliche Kritik an der pädagogischen Praxis, – Schwierigkeiten beim Zielgruppenzugang

Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (DJI).

Konzeptionelle Annäherungen an den Programmgegenstand Linksextremismus und umgesetzte pädagogische Formate

Eine zentrale Frage der wissenschaftlichen Begleitung war angesichts der beschriebenen Wissensdefizite und Übersetzungsprobleme, wie sich die Modellprojekte konzeptionell dem Programmgegenstand Linksextremismus näherten, welches Verständnis sie von Linksextremismus hatten oder neu entwickelten und welchen Jugendbezug sie herstellten. Es ging an dieser Stelle also um die Frage, wie sich die Projekte den zu bearbeitenden Programmgegenstand Linksextremismus aneigneten und welche konkreten Aspekte sie dann wie und mit welchen Zielgruppen bearbeiteten. Es lassen sich in der Analyse der wissenschaftlichen Begleitung drei Projektgruppen unterscheiden, die teilweise quer zu einer formalen Zuordnung der Projekte zu den in den Programmleitlinien genannten Themenbereichen liegen.

Die Auseinandersetzung mit und die Bezugnahme auf den Extremismusbegriff beziehungsweise die Extremismustheorie war zentral für die Problembeschreibung vieler Projekte. In diesem Sinne wurden Projekte unterschieden, die den Begriff und die zugrunde liegende Extremismustheorie direkt übernahmen, Projekte, die den Begriff unter Herstellung eines Jugendbezugs übersetzten, und Projekte, die sich differenzierend und teilweise relativierend auf konkrete Einzelphänomene wie zum Beispiel Antisemitismus in linksaffinen Milieus konzentrierten und dabei jeweils unterschiedliche pädagogische Ansätze ableiteten und umsetzten.



Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (DJI). Die wissenschaftliche Begleitung berechnete die Gesamtzahl der Modellprojekte nach Projektträgern (und nicht nach Einzelanträgen der Projekte). Daher sind gegebenenfalls Abweichungen zur Auflistung der Modellprojekte im Anhang des vorliegenden Berichts möglich.

Zwischen Aufklärung und Wissensproduktion – Projekte mit einem direkt übernehmenden Bezug auf den Programmgegenstand Linksextremismus und Rekurs auf Verfassungsschutzbehörden und die Extremismustheorie

Eine erste Gruppe von Projekten übernahm „Linksextremismus“ als Problemkategorie und blieb in der Phänomen- und Gegenstandsbeschreibung nahe an der Definition der Verfassungsschutzbehörden beziehungsweise der Extremismustheorie. Das Verständnis dafür, was Linksextremismus ist, hatte sich in diesen Fällen schon „gesetzt“, wurde unhinterfragt übernommen und bezog sich fundamental-abstrakt auf das Konzept des politischen Extremismus, dessen Spielarten Linksextremismus, islamistischer Extremismus und Rechtsextremismus dann nur in Nuancen unterschieden wurden. Die Projekte teilten dabei die Problemwahrnehmung, dass über die Ausprägung und Gefahren des Linksextremismus in der Gesellschaft und bei Jugendlichen zu wenig bekannt ist, und leiteten daraus zwei unterschiedliche (pädagogische) Strategien ab. Es gab zum einen sogenannte

- a) **wissensgenerierende Projekte**, die selbst Forschungen über das Phänomen durchführten oder systematisch das Internet nach jugendgefährdenden linksextremen Webinhalten durchsuchten, zum anderen wurden

b) aufklärungspädagogische Projekte umgesetzt, die sich vorrangig an Schüler/innen wandten und über Ausprägungen und Gefahren des Linksextremismus informierten.

a) Die Generierung von Wissen und/oder Legitimität

Die dieser Gruppe zugehörigen wissensgenerierenden Projekte arbeiteten thematisch eng zum Programmgegenstand Linksextremismus. Als problematisch wurden von den Projekten vor allem Wissensdefizite zu Ausmaß und Ausprägung von Linksextremismus angesehen. In diesem Sinne realisierten sie Studien etwa über die Verbreitung linksextremaffiner Einstellungen unter Jugendlichen, dokumentierten linksextreme Webinhalte oder eruierten bei Expert/innen der Jugendhilfe den Bedarf sozialräumlicher Angebote in Stadtteilen mit einer starken Präsenz der autonomen Szene.

Die Ergebnisse dieser unterschiedlichen Studien fielen ausgesprochen heterogen aus. Eine explorative Studie zu linksaffinen Jugendlichen zeigt, dass bei den befragten jungen Menschen „patchworkartige Weltbilder aus inkonsistenten, manchmal widersprüchlichen Wertemustern zusammengebastelt“ wurden. Und weiter: „Geschlossene, gegen Kritik immunisierte Weltbilder, ausgearbeitete Ideologiesysteme also, und exklusive Wahrheitsansprüche und Erkenntnismonopole waren insofern auch nicht feststellbar.“ Nach Aussagen eines anderen Projekts hat Linksextremismus im Internet kaum Jugendrelevanz. Von 509 erfassten Webangeboten waren lediglich 25 jugendgefährdend. „Also bei Linksextremismus, da haben wir ja, was das angeht, momentan gar nichts zu tun. Es [...] konnte dann auch oft gesagt werden, das ist schlichtweg nicht jugendaffin. Das spricht Jugendliche nicht an. Das ist von der Reichweite her einfach sehr gering und ist deswegen schon weniger relevant für uns.“

Ein weiteres im Rahmen des Bundesprogramms gefördertes Forschungsprojekt (das sich selbst vom Begriff Linksextremismus distanzierte und daher dem hier beschriebenen Projekttypus nur begrenzt zuordenbar ist) über Zugänge der Jugendhilfe zu linksautonomen Jugendszenen konstatierte, dass der Anteil der unter 18-Jährigen innerhalb der Szene marginal ist und Gewalttaten auf Demonstrationen eher selten von Szeneangehörigen ausgeübt werden. Diese Facettendiagnosen relativieren Annahmen über Ausprägung und Ausmaß von Linksextremismus im Jugendalter: Geschlossene Weltbilder sind selten, das Aufkommen von Teilphänomenen (ideologisch motivierte Demonstrationsgewalt und jugendgefährdende Inhalte im Internet) ist eher gering.

Ein Teil der Projekte mit dem Ziel, pädagogische Praxis durch Wissensgenerierung vorzubereiten und weiterzuqualifizieren, sah sich zudem mit einer Infragestellung der Legitimität pädagogischer Präventionsarbeit in der Öffentlichkeit konfrontiert. Sie nahmen diesen Befund ursprünglich teilweise auch zum Anlass, über die Herstellung von Wissen gegebenenfalls auch die Akzeptanz präventiver Arbeit erhöhen zu wollen.

b) Aufklärung und Wissensvermittlung

Den Modellprojekten dieses Typs ist gemeinsam, dass sie Linksextremismus als Begriff aus der (politikwissenschaftlichen) Forschung und dem Verständnis des Verfassungsschutzes übernahmen. Mit diesem Verständnis geht einher, dass der Fokus auf Strukturen, Prozesse und Akteure im politischen Feld gesetzt war und weniger auf jugendliche Lebenswelten. Als pädagogische

Strategie wurde ein kognitives Kennenlernen von vorliegenden Wissensbeständen, von Informationen über linksextreme Strukturen, Akteure und deren Argumentationen favorisiert.

Die Projekte unterschieden sich in Bezug auf die inhaltliche Gewichtung des zu vermittelnden Wissens. Charakteristisch für ein Projekt war zum Beispiel die konzeptionelle Verbindung von politischer Bildung (über Linksextremismus) und historischer Bildung (über den Unrechtscharakter der DDR). Linksextremismus wurde – in totalitarismustheoretischer Lesart – eng an die Herrschaftsform einer Diktatur und an den konkreten Lernort einer Gedenkstätte zur DDR-Diktatur gebunden.

Für die im Bundesprogramm geförderten aufklärungspädagogischen Projekte war typisch, dass sie nur in geringem Maße eine pädagogische Übersetzung und Elementarisierung (im Sinne von Bemühungen, einen komplexen Lerngegenstand so aufzuarbeiten, dass er dem Lernenden leichter zugänglich wird) der Wissensbestände zu Linksextremismus realisierten. In ihrer Grundstruktur ähnelten sich die Projekte: Es handelte sich um mehrstündige Workshops mit Schulklassen, die eine Einführung in das Extremismusmodell mit historischen und aktuellen Beispielen des Linksextremismus kombinierten. Ein Ziel der Projekte war, die Zu- und Einordnungskompetenz der Jugendlichen zu stärken, indem sie den Jugendlichen die Kategorien zur Einordnung von Extremismus an die Hand gaben und an unterschiedlichen Beispielen anwenden ließen. Die Kriterien dafür, ab wann ein Phänomen (wie Hausbesetzungen) extremistisch und problematisch ist, wurden aber nicht im Rahmen der Workshops mit den Jugendlichen erarbeitet. Die normativen Grundlagen dieser Form von Aufklärungs- und „Vereindeutigungs“-pädagogik wurden somit quasi vorausgesetzt beziehungsweise in den wertenden Einordnungen der Umsetzenden mitgeliefert. Als Argumente für oder gegen eine Einordnung als „extremistisch“ wurden von Teilnehmer/innen und Umsetzenden daher häufig Bewertungen anhand von Alltagsevidenzen vorgenommen: „über Hausbesetzungen kann man sich streiten, aber was wäre, wenn das alle machen“. In diesem Sinne ging es in den beschriebenen Projekten eher um die Vermittlung kognitiven Wissens und eine Einordnungskompetenz anhand des Konzepts des politischen Extremismus. Die Anforderung einer steten Einordnung und Bewertung einzelner Phänomene als „extremistisch“ oder „nicht extremistisch“ an die Schüler/innen hatte Auswirkungen auf das pädagogische Setting: In Kombination mit der großen Menge an zu vermittelndem Wissen entstand eine Asymmetrie zwischen den Jugendlichen und den Umsetzenden. Die Lernprozesse waren in den konkreten durch die wissenschaftliche Begleitung teilnehmend beobachteten Fällen stark gesteuert und aufgrund des zeitlichen Umfangs blieb wenig Raum für die diskursive Aushandlung und Aneignung durch die Teilnehmenden. Diese Asymmetrie wurde verstärkt, da – soweit beobachtbar – die Jugendlichen in ihrer Lebenswelt selbst wenige Berührungspunkte mit Linksextremismus hatten.

Eine weitere Herausforderung bestand darin, die Fülle des zu vermittelnden Wissens über den Linksextremismus in seinen Ausprägungen zu thematisieren. Alle Projekte erhoben den Anspruch, sowohl historische (Kommunismus, Spartakusaufstand, DDR) als auch parteiförmige Ausprägungen (MLPD, DKP, Linkspartei) sowie den breiten und diffusen Bereich einer undogmatischen militanten Linken (Autonome, Hausbesetzer) in den Workshops zu thematisieren. Aufgrund der Kürze der Zeit und des Anspruchs der Projekte, komplexe Wissensbestände und Urteilskompetenzen zu vermitteln, blieb für die Jugendlichen wenig Raum, sich diese selbstständig anzueignen. Der Versuch, Linksextremismus als zusammenhängenden Ursachen- und

Problemkontext im Sinne der Extremismustheorie in seiner ganzen Bandbreite und den oftmals unterstellten Kontinuitäten zu verhandeln, überfrachtet die pädagogischen Formate und steht in der Gefahr, die Jugendlichen mit der Menge des begrifflichen und empirischen Faktenwissens zu überfordern. Aus dieser Projektanlage erwächst aufseiten der Pädagog/innen eine besondere Verantwortung: Weil die Teilnehmenden selbst wenig über das Thema wussten und unsicher in der Einordnung waren, mussten sie darauf vertrauen können, dass die vermittelnden Inhalte der Differenziertheit und Komplexität von Wissensständen entsprachen.

Im Rahmen eines bewusst als „lernend“ angelegten Programms wie IDS sind auch gerade die Schwierigkeiten, die den Projekten bei der Erschließung eines neuen Arbeitsfelds begegneten, wertvolle Lernerfahrungen. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung gibt es im Hinblick auf die Modellhaftigkeit wissensvermittelnd-aufklärender Projekte ein Weiterentwicklungspotenzial im Sinne einer stärkeren Modularisierung und Elementarisierung der vermittelten Inhalte, die der Differenziertheit der Einzelphänomene gerecht werden und lebensweltnah verstehbar machen, wie Militanz und Gewalt entstehen können. Es empfiehlt sich zugleich eine „Pädagogisierung“ dieser Form wissensvermittelnd-politischer Bildung. Zu fragen wäre beispielsweise, ob es nicht sinnvoll ist, die reine Wissensvermittlung stärker mit demokratiepädagogischen Elementen zu verknüpfen, die den Jugendlichen dabei helfen können, Einordnungs- und Bewertungskompetenzen eigenständig zu entwickeln.

Daneben wurden Modellprojekte gefördert, die Materialien für die Vermittlung von Wissen über Linksextremismus entwickelt haben. Dazu gehörten Informationsbroschüren oder Bildungscomics zum Thema Linksextremismus, die an Pädagog/innen verteilt oder zur Verfügung gestellt wurden. Projektträger, die vergleichbare Materialien auch zu Rechtsextremismus und Islamismus anbieten, berichten allerdings, dass die Nachfrage an Materialien zum Thema Linksextremismus im Vergleich gering ausfällt.

Zwischen Zugangserschließung und „zivilgesellschaftlicher Bildung“ – Projekte mit einem konkretisierend-übersetzenden Linksextremismusbezug

Eine zweite Gruppe von Projekten bezog sich auf Linksextremismus als Programmgegenstand, äußerte jedoch Distanzierungen gegenüber den extremismustheoretischen Hintergrundannahmen und realisierte zum einen eigene „Übersetzungen“ der Begrifflichkeit: Es wurden jugendbezogene und jugendgemäße Konkretisierungen von Linksextremismus vorgenommen. In den Problembeschreibungen versuchten die entsprechenden Projekte, den Begriff unter Rückgriff auf wissenschaftliche Begriffe, Theoriefragmente, Alltagstheorien und vor allem eigene Erfahrungen aus der pädagogischen Praxis zu spezifizieren. Die Besonderheit der Projekte lag zum anderen darin, dass sie nach jugendadäquaten Praxisumsetzungen suchten oder Zugänge zu spezifischeren, das heißt linksaffinen Zielgruppen herstellten. Die unterschiedlichen Projektstrategien in diesem Bereich werden im Folgenden detaillierter dargestellt. Sie umfassen Ansätze,

- a) die künstlerisch-kulturelle Bildung und politische Bildung miteinander verbinden,**
- b) die Zugänge zu linksaffinen Jugendlichen erschließen und**
- c) einen methodischen beziehungsweise inhaltlichen Perspektivwechsel realisieren.**

a) Verstehen und Aktivieren – die Verknüpfung von künstlerisch-kultureller Bildung und politischer Bildung

Ein Projekt wollte mithilfe vorrangig kunstpädagogischer Methoden das kognitive Wissen der Jugendlichen über konkrete, meist historische Sachverhalte wie die DDR oder die Geschichte der RAF erweitern.

Realisiert wurden diese Workshops in Kooperation mit Kunstklassen der Sekundarstufe II, also mit einer festen Gruppe von Jugendlichen über einen Zeitraum von mehreren Wochen und in Kooperation mit externen Kunstpädagog/innen. Die (zeit-)intensive und auf ein konkretes Thema fokussierte Auseinandersetzung der Jugendlichen sowie das partizipative (für außerschulische Jugendarbeit typische) Lernsetting regten eine Aneignung komplexer Wissensbestände und mehr noch, ein Verstehen historisch situierter Radikalisierungsprozesse und einen eigenständigen Kompetenzerwerb an. Die Verknüpfung ästhetischer mit politischer Bildung birgt somit ein großes Potenzial, ein vertiefendes Verstehen bei den Jugendlichen anzuregen und politisches Interesse zu wecken, da sie an den Interessen der Jugendlichen ansetzt und anregt, eigene Erfahrungen im Medium Kunst auszudrücken. Aus Sicht der wissenschaftlichen Programmbegleitung ist zugleich die Frage zentral, mit welchen Zielgruppen in dieser Weise gearbeitet wird. Die Analyse macht sichtbar, dass die Teilnehmenden – in der Regel Gymnasiast/innen – allenfalls diffus linksaffin waren, selbst aber durchaus lebensweltliche Distanzen gegenüber „Linken“ aufwiesen, auch wenn sie im Bekanntenkreis entsprechende Kontakte hatten. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung sollten vergleichbare Formate stärker mit explizit linksaffinen Jugendlichen erprobt und durchgeführt werden. Sie haben nach jetzigem Kenntnisstand das (präventive) Potenzial, über den Weg historischer Beispiele, die Radikalisierungsprozesse innerhalb progressiver politischer Bewegungen nachzuzeichnen und verstehbar zu machen und in diesem Sinne hinterfragend, selbstaufklärend und sensibilisierend zu agieren.

Eine Herausforderung des beschriebenen Ansatzes politisch-ästhetischer Bildung ist eine Grundspannung zwischen der relativ offenen und ungesteuerten Prozessorientierung ästhetischer Bildung und der Zielorientierung politischer Bildung, in der es letztlich und im Kern um die diskursive Vermittlung eines spezifischen Wissens beziehungsweise spezifischer Kompetenzen geht. Es handelt sich zudem um ein Bildungsformat, für das ein hoher Koordinations- und Steuerungsbedarf in der Zusammenarbeit mit spezialisierten, gegebenenfalls externen Fachkräften besteht. Für die Übertragbarkeit dieses Formats in andere Settings und Strukturen der Jugendarbeit sind das wichtige zu bedenkende Herausforderungen: Wie kann es gelingen, mit themenbezogenen Kunstprojekten (die bis jetzt in Kooperation mit Schulen erprobt wurden) linksaffine oder linksmilitante Zielgruppen zu erreichen? Welche fachlichen Voraussetzungen müssen Umsetzende mitbringen?

b) Zielgruppenzugänge erschließen – pädagogische und (projekt-)strukturelle Strategien

Bei einem weiteren Projekt, das Linksextremismus jugendkulturell verortete, war die gegenstandssensible Wahrnehmung eines ausgesprochen heterogenen Phänomens leitend: Linksextremismus wurde nicht als ein statischer Phänomen- und Ursachenkomplex verstanden, sondern von jugendlichen Lebenswelten her gedacht. Neben „Versatzstücken autonomer, anarchistischer, antikapitalistischer und antifaschistischer Ideologien“ sind für die Zielgruppe

Überschneidungen zu alternativen Jugendkulturen sowie eine szenetypische Affinität zu künstlerischen Ausdrucksformen markant. Das Projekt fokussierte dabei auf „linksextreme“ Einstellungsfragmente wie Gewaltbefürwortung/-akzeptanz und Demokratiefeindschaft. Dabei wurde noch einmal altersbezogen differenziert: Typisch für die frühe Jugendphase sei die symbolische, eher unreflektierte Aneignung ideologischer Versatzstücke und die Orientierung über Jugendkulturen, typisch für die späte Jugendphase hingegen eine stärkere Politisierung. Als pädagogische Strategie wurde vor diesem Hintergrund zwischen Reflexion bei den eher vordergründig jugendkulturell politisierten und einer kritisch hinterfragenden Differenzierung bei den stärker politisierten Jugendlichen unterschieden.

Die Besonderheit des hier beschriebenen Projekts war, dass es strukturell und methodisch dezidiert zugangerschließend agierte beziehungsweise agieren wollte, um dann – orientiert an den Interessen der Jugendlichen – inhaltlich zu arbeiten. Methodisch wurde dies durch die Kombination von politischer und künstlerisch-kultureller Bildung realisiert, strukturell über ein zielgruppenschließendes Kooperationsmodell. Über die Zusammenarbeit mit überregionalen Kooperationspartnern (zum Beispiel Jugendclubs mit linksaffiner Klientel) wurde ein direkter Zugang zur Zielgruppe linksextremistisch Orientierter versucht und teilweise erreicht. Die Auswahl der Kooperationspartner und Teilprojekte wurde durch einen Fachbeirat getroffen, die pädagogische Umsetzung „vor Ort“ wurde von den Mitarbeitenden des Modellprojekts begleitet. Je nach Profil des Partnerprojekts (Jugendclubs, medien- oder musikpädagogische Träger) variierte das Alter der Jugendlichen und deren Zusammensetzung. Teilweise handelte es sich um heterogene Gruppen jugendkulturell affiner Jugendlicher ohne ausgeprägte linke Einstellungen, teilweise um politisch stark Engagierte. Realisiert wurden im Berichtszeitraum Kultur- und Medienprojekte, die sich unterschiedlich intensiv mit konkreten, lebensweltnahen Themen beschäftigten: Graffiti oder Musik als Medium von Gesellschaftskritik, Protestformen gegen Rechtsextremisten, die mediale Berichterstattung über Linksextremismus. Im Zuge der künstlerischen Auseinandersetzung wurden Themen wie Jugendsub- und Protestkulturen unterschiedlich niedrigschwellig mitbearbeitet. Je nach Alter und politischer Vorbildung variierte dabei das Interesse der Jugendlichen an historischen Themen wie der Geschichte der lokalen Jugendsubkulturen oder der RAF. Es reichte aber bis hin zur quasi wissenschaftlichen (kritischen) Auseinandersetzung mit der Extremismustheorie (unter Einbezug von externen Expert/innen) und zur Erstellung von Kurzfilmen, in denen – auf einer Metaebene – der Diskurs um Linksextremismus in der Öffentlichkeit selbst thematisiert wurde. Der partizipative und lebensweltbezogene Ansatz brachte es mit sich, dass die Inhalte der Veranstaltungen und der künstlerischen Produkte stark von den Interessen der Jugendlichen abhingen.

Eine zentrale Herausforderung war die Akquise von Projektpartnern, da Vorbehalte gegenüber der Intention des Bundesprogramms herrschten, nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Bedrohungslage durch den Rechtsextremismus. Insofern waren erhebliche Anstrengungen nötig, Kooperationspartner zu gewinnen.

Zusammenfassend gesagt agierte das Projekt teilweise innerhalb von linken Szenediskursen und im Umfeld linker Strukturen. Voraussetzungen sind das Vertrauen in die Kooperationspartner und Teilprojekte vor Ort, die wahrgenommene Unabhängigkeit vom Bundesprogramm, das innerhalb linker Szenen umstritten ist, sowie die Szenekenntnisse der Umsetzenden. Entsprechend voraussetzungsreich ist eine solche Arbeit: Der starke Gegenstands- und Lebensweltbezug

sowie die Arbeit mit subkulturellen Ausdrucksformen erfordern wiederum von den Pädagog/-innen ein fundiertes Wissen über die linke Szene und Jugendkulturen sowie eine kunstpädagogische und künstlerische Expertise und Offenheit.

c) Perspektivenumkehr: Positiver Ansatz, der eher bei Dialog und Demokratieförderung ansetzt

Für Projekte dieser Unterkategorie war typisch, dass sie in kritischer Auseinandersetzung mit dem Begriff Linksextremismus und der Extremismustheorie eine inhaltliche Perspektivenumkehr vollzogen, die sich als Demokratiestärkung und Dialogförderung beschreiben lässt.

Die Projekte lassen sich dabei bezüglich der Intensität und Dauer der Auseinandersetzung von den vermittelten Inhalten unterscheiden. Ein Projekt, das bei der Stärkung demokratischer Kompetenzen von Jugendlichen ansetzte, referierte in einer abschließenden Projektpublikation die wissenschaftliche Kritik an der Extremismustheorie und deren Eindimensionalität sowie der latenten Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus. Die Annahmen der Extremismustheorie wurden auch vor dem Hintergrund der Projekterfahrungen infrage gestellt und betont, dass sich bei den Jugendlichen „ein Vorhandensein linksextremer Einstellungen und Haltungen im Sinne eines Rückgriffs auf geschlossene linksextreme Welt- und Menschenbilder nicht konstatieren lässt“. Die konzeptionelle Wendung des Projekts bestand darin, dass es „verstanden als lernendes Projekt – demgegenüber einen Präventionsansatz [verfolgt], der pro-demokratisch befähigen und nicht anti-linksextrem aufklären möchte“. Die Übersetzungsleistung besteht hier somit in der Perspektivenumkehr: weg von der Fokussierung auf das Bedrohliche (Demokratiefeinde) hin zur Stärkung des Bedrohten (Demokratie) durch Stärkung demokratischer Kompetenzen, die in drei thematischen Modulen realisiert wurden. Der zugrunde liegenden Empowerment-Logik folgend stand die Entwicklung demokratischer Kompetenzen im Zentrum der pädagogischen Aktivitäten, die prozessorientiert und teilnehmendensensibel angelegt waren. Indem an die subjektiven Erfahrungen und lebensweltlichen Orientierungen der Jugendlichen angeknüpft und ein Freiraum für Aushandlungsprozesse geschaffen wurde, rückten explizite Bezüge zum Thema Linksextremismus stärker in den Hintergrund und wurden dadurch in der Tendenz eher indirekt realisiert. Es handelte sich somit um ein weit entwickeltes und modularisiertes Instrument der Demokratieförderung.

Ein weiteres Projekt, das eine solche Perspektivenumkehr forcierte, konzipierte eine Webseite zur Dialogförderung. Es verortet die Ursachen von Radikalisierungsprozessen in sich polarisierenden Konflikten und thematisiert anschaulich Best-Practice-Beispiele für eine gelingende Konfliktlösung. Markant war eine sehr lange Klärungs- und Recherchephase, die zu einer elaborierten Problemwahrnehmung führte. Diese orientierte sich in ihrer Grundstruktur an einem Konfliktmodell zwischen politischen Milieus mit verschiedenen Eskalationsstufen. Das Projekt ging – folgt man den Stufen dieses Modells – von

- a) einer durch mangelnde Kenntnis und mangelnde Kommunikation polarisierten Ausgangskonstellation zwischen unterschiedlichen politischen Akteuren und Milieus (zum Beispiel Hausbesetzer, Behördenvertreter, Polizisten, linksorientierte Gruppen) aus, die
- b) zu einer verurteilenden Kommunikation führen und
- c) in Gewalt münden können.

Auf der Webseite wurden unter den Stichworten „sozialräumliche Trennung“, (verurteilende) „Kommunikationsmuster“ und „gewaltvolle Auseinandersetzungen“ konkrete Beispiele politischer Konfliktfelder gesammelt und zwar mit Blick auf gelingende Handlungsalternativen konstruktiver Konfliktaustragung. Die Präventionsannahme lautet hier, dass die Präsentation eines Spektrums problembezogener Handlungsstrategien und Handlungsalternativen durch das Lesen auf der Webseite zu Perspektiverweiterungen und der Ausweitung von Handlungsoptionen in vergleichbaren Konfliktsituationen (zum Beispiel Umgang mit Neonazis, mit Gentrifizierungsprozessen) animiert.

Zwischen Selbstaufklärung und Trainingsarbeit – Projekte mit einem distanziert-relativierenden Linksextremismusbezug

Für eine dritte Gruppe von Projekten war charakteristisch, dass sie sich suchend mit dem Programmgegenstand auseinandersetzte. Die entsprechenden Projekte präzisieren konkrete kritische Entwicklungen (zum Beispiel Gewalt, Antisemitismus in antiimperialistischen Ideologieströmungen), distanzieren sich aber teilweise vom Oberbegriff Linksextremismus oder von Teilaspekten wie einem angenommenen engen Zusammenhang von Ideologie und Gewalt bei Jugendlichen. Es handelte sich zumeist um Projektträger mit großem Wissen über linke Szenen. Die Leistung der entsprechenden Projekte besteht in einer Präzisierung, teilweise auch Relativierung der Jugendrelevanz problematisierter Phänomene und Entwicklungen. Sie hinterfragten erfahrungsbasiert etwa Annahmen über zwangsläufig enge Zusammenhänge von Gewalt und politischer Ideologie oder fokussierten auf die Latenz antisemitischer Einstellungen quer zu den Kategorisierungen politischer Lager. Die Folge war, dass die Projekte zwar konkrete Einzelphänomene pädagogisch bearbeiteten, jedoch waren es Phänomene, die nur schwerlich unter der Problemkategorie Linksextremismus verhandelt werden konnten.

a) Israelbezogener Antisemitismus in linken Milieus: Anleitung zur Selbstaufklärung

Ein Projekt fokussierte auf das Thema Antisemitismus. Die Kritik, die diesbezüglich an der linken Szene geübt wird, ist eine partielle Kritik, die bestimmte Aspekte, nicht jedoch die politischen Anliegen im Generellen, ablehnt. Das Projekt ging von einer hartnäckigen Konstanz des Antisemitismus und Beobachtungen bezüglich aktueller Ausprägungen (islamistischer, israelbezogener Antisemitismus) aus. Es wurde von einer – gleichwohl weniger sichtbaren – Kontinuität des Antisemitismus ausgegangen, die viel mit den erinnerungskulturellen „Kommunikationsangeboten“ zu tun hat und dazu führt, dass antisemitische Semantiken latent kommuniziert und über eine thematische Umwegkommunikation thematisiert werden. In dem Maße wie Antisemitismus latent und unterschwellig auch in linkspolitische Deutungsmuster eingeht, muss er innerhalb linker Milieus erst einmal sichtbar gemacht werden: Von dieser Annahme kann sich eine Pädagogik der Selbstaufklärung ableiten.

Typisch für diesen Antisemitismus jenseits der extremen Rechten und Beispiel einer solchen Umwegkommunikation ist unter anderem der israelbezogene Antisemitismus, der auch in Teilen der politischen Linken präsent ist. Antisemitismus existiert daher zunächst abgekoppelt von einer politischen Verortung in einer gedachten Mitte oder an einem „extremen“ Rand: Es gibt vielmehr bestimmte Schnittmengen zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern. In seiner bereits langjährigen Arbeit mit antirassistischen Gruppen, zum Teil auch in der linken

Szene, hatte sich aus Sicht des Trägers als Konfliktpunkt innerhalb der Linken die politische Positionierung zu Israel herauskristallisiert. Das heißt auch, dass es Indizien dafür gibt, dass Teile der Szene dieses Problem selbst auch als solches anerkennen. Da der Träger in seinen seit mehreren Jahren aufgebauten Netzwerken und Kooperationen, aber auch durch die starke Nähe zu der antirassistischen Arbeit linker Gruppen aus einer Position des In-der-Szene-Seins bei gleichzeitiger Unabhängigkeitswahrung agiert, wurde die Zielgruppe über das Angebot einer Selbstreflexion adressiert. Dies geschah einerseits über Multiplikator/innen aus der Bildungsarbeit, die für das Thema sensibilisiert werden sollten, und andererseits war es Ziel, Jugendliche direkt zu erreichen. Die Zielgruppe sollte zum Teil über Workshopangebote und zum Teil anlassbezogen über gezielte Interventionen in Alarmsituationen erreicht werden. Anlässe waren medial aufsehenerregende antisemitische Vorfälle, die vor Ort „nachbearbeitet“ wurden. Dementsprechend wurde zwischen einer langfristigen Strategie und einer anlassbezogenen Intervention unterschieden. Die Rolle des Projekts ist zudem, einerseits als öffentlicher Akteur in der Zivilgesellschaft aufzutreten und andererseits anlassbezogen medial „Alarm zu schlagen“. Es fungiert in dieser Funktion in gewisser Weise als eine Art „zivilgesellschaftlicher Bewegungsmelder“, der mit großer Sensibilität antisemitische Vorfälle öffentlich sichtbar macht.

b) Trainingsarbeit mit ideologisierten Gewalttäter/innen

In der Konzeption des Bundesprogramms war ideologisierte Gewalt ein Teil des zu bearbeitenden Problems. Gewalt wird zum Programmgegenstand, wenn sie ideologisch motiviert ist und einem politischen Ziel dient. In einem engen Sinne arbeitete ein Modellprojekt an diesem Thema, indem es Antigewalttrainings für (ideologisierte) Gewalttäter/innen anbot. Über Multiplikator/innen aus den Jugendgerichten und dem Strafvollzug wurden mögliche Teilnehmer/innen genannt und kontaktiert. In Gesprächen mit den Jugendlichen wurde versucht, die jeweiligen politischen Verortungen zu identifizieren. Auf dem Wege persönlichen Kontakts sollten gleichzeitig Jugendliche für Trainings gewonnen werden. Dies entsprach, wie die Interviewten auch selber sagten, der Logik von „Akquise“ bei gleichzeitiger Angewiesenheit auf die Phänomensensibilität Dritter (der Multiplikator/innen).

Das Projekt verfolgte methodisch einen konfrontierenden, verantwortungspädagogischen Ansatz, der Antigewalttrainings mit politischer Bildung verband. Das Training zeichnete eine hohe Gegenstandssensibilität aus: Im Unterschied zu verschiedenen Ansätzen der Gewaltforschung, die wahlweise allein soziale Um- und Missstände oder die innere Attraktivität von Gewalt handeln betonen, verstand das Projekt Gewalt als komplexen sozialen Prozess. Entsprechend mehrdimensional war das Trainingskonzept des Projekts angelegt, das biografisches Verstehen, das (konfrontative) Hinterfragen von Rechtfertigungsmustern und Arbeit am abweichungsverstärkenden sozialen Umfeld von Gewalttätern einschloss. Es umfasste damit in den Dimensionen der Ursachenzuschreibung präventionsmethodisch die Ebenen „Biografie“, „Ideologie“ und „soziales Umfeld“.

Das Projekt relativierte auf der Basis der Umsetzungserfahrungen, dass Ideologie bei der Gewaltausübung eine motivierende und mithin zentrale Rolle spielt und unterschied entsprechend zwischen ideologisierten und aktionsorientierten Gewalttäter/innen. Die Unterscheidung von Motiv und Legitimation zielte letztlich auf die Unterscheidung zwischen einer politischen Aufladung der Tat im Vorhinein auf der einen Seite und einer nachträglichen Legitimierung auf der

anderen Seite. Somit lässt sich in der Konsequenz eine Differenz zwischen Gewalt feststellen, die bereits politisch-motiviert ist (also beispielsweise Gewalt gegen Neonazis) und einem Aktivismus, der im Nachhinein politisch legitimiert wird (genannt wird beispielsweise das Anzünden von Autos). Das Projekt war zunächst vorrangig mit der Recherche potenzieller linksextrem motivierter Gewalttäter/innen beschäftigt, zudem bestand die Absicht, Informationen zu sammeln und auszuwerten, zum Beispiel ob bei „Autoanzündern“ tatsächlich ideologisierte und politisch motivierte Gewalt im Fokus steht. Trotz Umsteuerungen bezüglich der Zielgruppe und der Erweiterung der Suche hin zur Hooligan-Szene konnte das Projekt allerdings keine Teilnehmer/innen rekrutieren. Dies hatte zur Folge, dass sich das Projekt, das eigentlich an der direkten Arbeit mit gewalttätigen Jugendlichen interessiert war, zu einem Rechercheprojekt entwickelte. Inhaltlich konnte das Projekt daher das Trainingskonzept nur ein einziges Mal umsetzen.

Im Ergebnis wurde vom Projekt das Aufkommen und Ausmaß linksextrem motivierter Gewalt relativiert, vor allem im Vergleich zu rechtsextremen Täter/innen, mit denen das Projekt in Jugendgefängnissen in anderen Größenordnungen arbeitete. Zugleich wurde relativiert, dass Ideologie bei „aktionsorientierter“ Gewalt im Zusammenhang mit Protestveranstaltungen eine starke Rolle spielt. Diese Erfahrungen sind vorsichtig zu interpretieren und lassen sich nicht pauschal generalisieren in dem Sinn, dass es linksmotivierter ideologisierte Gewalt schlicht gäbe oder nicht gäbe. Sie stehen aber im starken Kontrast zur medialen Wahrnehmung steigender ideologisierte Gewaltbereitschaft.

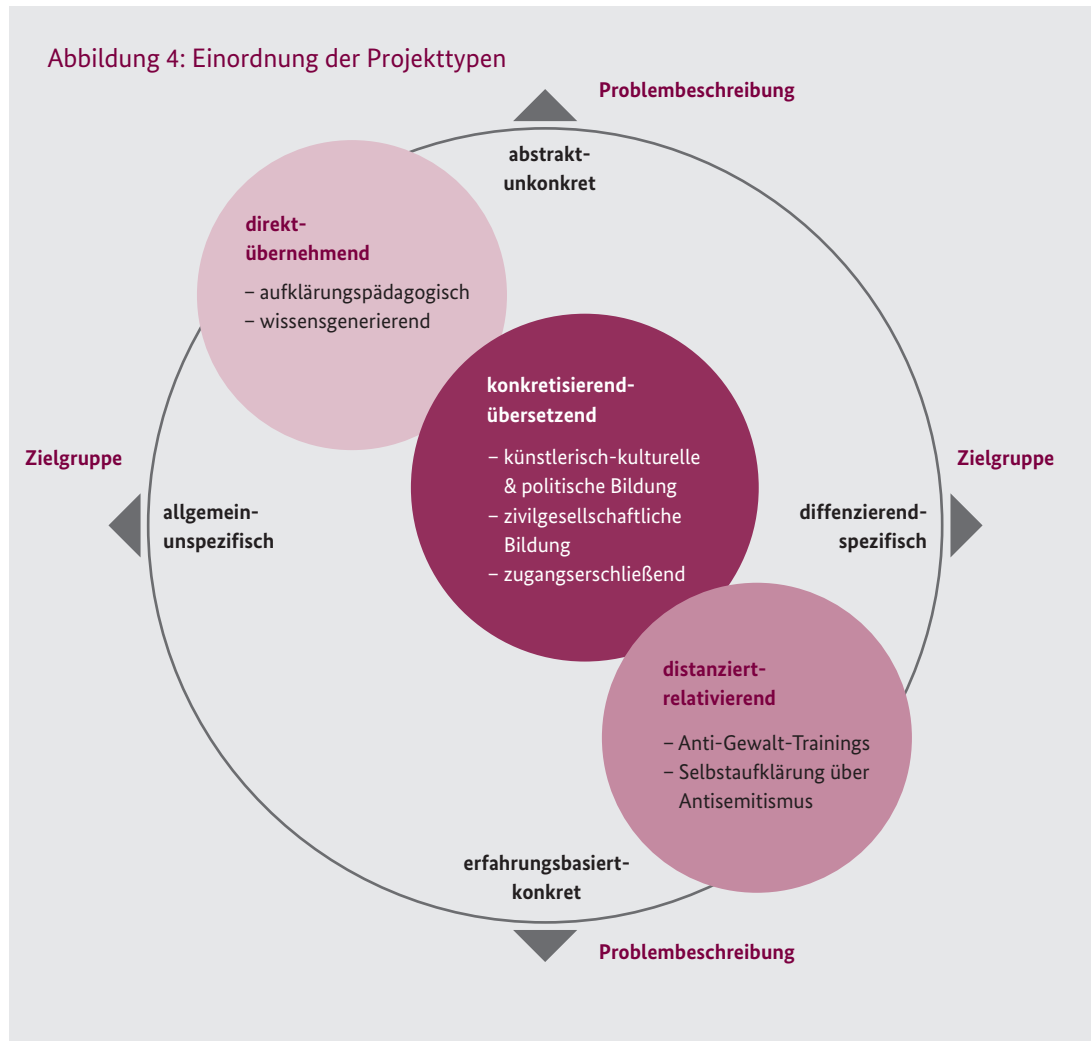
Einschätzung der wissenschaftlichen Begleitung zum Programmbereich Linksextremismus

Zusammenfassend zeichnet sich ein übergreifender Befund ab, der viel mit der Unschärfe des Begriffs Linksextremismus zu tun hat: Dort, wo die Problemkategorie „Linksextremismus“ übernommen wird, blieb der Gegenstand häufig abstrakt und die Zielgruppe unspezifisch.

Im Hinblick auf die Frage nach dem Bedarf einer Linksextremismusprävention zeigen sich relativierende beziehungsweise differenzierende Projekterfahrungen: In einem Fall führte die systematische Suche nach jugendgefährdenden Inhalten im Internet zu der Schlussfolgerung, dass derartige linksextreme Angebote nur sehr vereinzelt auftreten und im Vergleich mit rechtsextremen oder islamistischen Angeboten marginal blieben. Auch die Projekte, die in höheren Größenordnungen mit Jugendgruppen und Klassen arbeiteten, berichteten von der geringen lebensweltlichen Relevanz und Betroffenheit von Linksextremismus. Häufig blieben das Problem und die vom Linksextremismus ausgehende Gefahr somit abstrakt.

Ein Großteil vor allem der „übersetzenden“ und „suchenden“ Projekte realisierte dagegen differenzierende und auf Einzelphänomene abzielende Ansätze. In diesem Sinne gab es im Bundesprogramm einige Projekte, die modellhaft Ansätze entwickelt haben, die

- a) eine hohe Themenspezifität aufwiesen oder
- b) beispielhaft linksaffine bis linksmilitaltante Zielgruppen erreichten und mit diesen arbeiteten.



Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (DJI).

Aber auch für diese Projekte gilt, dass, indem sie konkrete Probleme identifizierten und Zielgruppen spezifizierten, Einzelphänomene wie Antisemitismus oder aktionsorientierte Gewalt bearbeitet wurden, die kaum noch unter dem Begriff „Linksextremismus“ als wissenschaftliche Kategorie für einen konsistenten Ursachen- und Phänomenkomplex gebracht werden können. Die Erfahrungen dieser Projekte sind jedoch sehr wertvoll: Die Träger entwickelten anspruchsvolle Ansätze, um in hoch spezialisierten Szenediskursen (Antisemitismus) zu agieren, und links-affine bis linksmilitante Zielgruppen zu erreichen und sie in politische Bildungsprozesse einzubeziehen.

IV.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

4.1 Schlussfolgerungen für den Programmbereich islamistischer Extremismus

Im Zentrum der geförderten Modellprojekte im Programmbereich islamistischer Extremismus stand überwiegend die **pädagogische Auseinandersetzung mit den Themenfeldern Islam, Islamismus und Islam-/Muslimfeindlichkeit bei jungen Menschen**. Trotz der in den Projekten erreichten Fortschritte sieht die wissenschaftliche Begleitung weiterhin Bedarf, pädagogisch ansetzende Konzepte zur Auseinandersetzung sowohl mit islambezogenen Polarisierungstendenzen als auch mit islamistischen Orientierungen, Demokratiedistanz und Abwertung von Andersgläubigen bei jungen Muslim/innen sowie mit Islam-/Muslimfeindlichkeit von mehrheitsgesellschaftlichen Akteuren weiterzuentwickeln und praktisch zu erproben.

Ausgehend von den Umsetzungserfahrungen im Programmbereich lassen sich in der bisherigen Modellpraxis hinsichtlich des **Fokus der Problembeschreibungen** zunächst zwei verschiedene Zugänge unterscheiden.

Ein Teil der pädagogisch agierenden Projekte konzentrierte die Problembearbeitung vor allem auf **islambezogene Polarisierungsprozesse** und **Vorurteile** in der Gesellschaft. Damit rückten auch Wechselwirkungen zwischen der Mehrheitsgesellschaft und ihren Minderheiten in den Blick dieser Projekte. Viele Modellprojekte thematisierten das Phänomen islamistischer Extremismus konkret im Kontext des Wechselspiels von Ausgrenzungserfahrungen und damit verbundenen Abgrenzungstendenzen muslimischer Jugendlicher gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, die zu Abschottung, Demokratiedistanz und gewaltbejahender Gegnerschaft führen können. Forschungsergebnisse unter anderem zur Bedeutung von Religiosität türkischer Migrant/innen im Generationenverlauf, die eine Revitalisierung ethnischer beziehungsweise religiöser Identitäten auch auf soziale Schließungs- und Exklusionsprozesse und auf Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen zurückführen, stützen diese Perspektive.

In der pädagogischen Bearbeitung von Polarisierungstendenzen spielt die Ermöglichung gesellschaftlicher Partizipation bei und das zivilgesellschaftlich orientierte Empowerment von muslimisch geprägten Jugendlichen eine entscheidende Rolle, um Abgrenzungsprozesse zu verhindern, Anerkennung zu ermöglichen und die Vielfalt der Lebenswelten junger Muslim/innen für die Mehrheitsgesellschaft sichtbar zu machen.

Eine zusätzliche Perspektive im Rahmen dieser Depolarisierungsarbeit – die sich von der bisher beschriebenen eher personenbezogenen Perspektive unterscheidet – knüpft an die **strukturellen Voraussetzungen** öffentlicher Präsenz von und Zusammenarbeit mit (muslimischen) Migrant*innenorganisationen an. Ausgehend von Asymmetrien in den Organisationsstrukturen von migrantischen und etablierten mehrheitsdeutschen Trägern (beispielsweise das verbreitete Ehrenamt in Migrant*innenorganisationen) wurden im bisherigen Programm erste strukturbezogene Ansätze entwickelt. Die Projekte bildeten in der organisationsbezogenen Arbeit eine hohe Sensibilität für strukturelle Konstellationen der (mangelnden) gesellschaftlichen Beteiligung von Migrant*innenorganisationen aus, die auch die Wechselwirkungen mit mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen mit in den Blick nahmen.

Im Unterschied zu diesen Depolarisierungsprojekten begab sich ein anderer Teil von geförderten Modellprojekten mit ihren Projektaktivitäten auf eine Suchbewegung, spezifische **Ansätze der pädagogischen Prävention von islamistischem Extremismus** zu entwickeln und zu erproben. Dabei erweiterten einige Projekte den Fokus der Problembearbeitung, indem neben islamistischem Extremismus auch Islam-/Muslimfeindlichkeit problematisiert und bearbeitet wurden. Gerade mit dieser Perspektiverweiterung wurden differenzierende Kontextualisierungen vorgenommen, die das Problem des islamistischen Extremismus in das gesellschaftliche Konfliktfeld um den Islam in Deutschland einbetteten und dabei komplexe Ursachenkonstellationen in den Blick nahmen. Islamfeindliche Einstellungs- und Handlungsweisen von mehrheitsgesellschaftlichen Akteuren sowie diskriminierende mehrheitsgesellschaftliche Strukturen werden als Teil des Problems gesehen. Diese Perspektive wird von großen Teilen der Forschung gestützt, indem islambezogene Diskriminierungserfahrungen als potenzieller Einflussfaktor im Prozess der Radikalisierung muslimischer junger Menschen ausgemacht werden. Die wissenschaftliche Begleitung misst der pädagogischen Auseinandersetzung sowohl mit islamistischen Orientierungen bei muslimischen Jugendlichen als auch mit Islam-/Muslimfeindlichkeit in der Gesellschaft beziehungsweise den sich gegenseitig aufschaukelnden Dynamiken dabei eine hohe Relevanz in der Jugendarbeit und -hilfe bei. Da im bisherigen Programm lediglich ein kleiner Teil von Modellprojekten beide Problemfelder thematisierte, liegt in der Suche nach neuen methodischen Zugängen zur (entweder inhaltlich getrennten oder systematisch aufeinander bezogenen) Bearbeitung beider Phänomene ein großes Anregungspotenzial für die Regelpraxis der Kinder- und Jugendhilfe. Auch dass bislang eher vereinzelt islamismusaffine und/oder islamistisch orientierte Jugendliche erreicht wurden, macht deutlich, dass in der Reflexion und der weiteren Erprobung bisheriger Strategien des Zielgruppenzugangs eine große Herausforderung liegt.

An der Konflikthaftigkeit und Komplexität pluralisierter Einwanderungsgesellschaften anknüpfend entwickelten jene Projekte, die **vor Ort** an Konflikten ansetzten, bei denen ein Islambezug bestand oder (im Sinne einer Ethnisierung) hergestellt wurde und für die Einbettung und Vielschichtigkeit derartiger Konflikte sensibilisierten, eigene lokale Perspektiven. Weil sie vor Ort agierten, haben sie meist eine besondere Sensibilität für die lokalen Konfliktkonstellationen und ihre sozialen Ursachen entwickelt. Dabei kann der Übergang zwischen Depolarisierung und Deradikalisierung fließend sein, je nach Konfliktlagen vor Ort (die zwischen latenten und manifesten Konflikten changieren). Zukünftig sollten nach Ansicht der wissenschaftlichen Begleitung derartige Ansätze weiter erprobt werden. Ihre Stärke liegt darin, dass sie konkret in und zu lokalen Polarisierungssituationen arbeiten und systematisch die je relevanten Akteure vor Ort einbinden könnten. Die zentrale Herausforderung besteht dabei in konfliktbelasteten Sozialräumen darin, die Konfliktbeteiligten für die Komplexität der Konfliktgeschehen sowie die kommunalen Konfliktbearbeitenden für islambezogene Polarisierungstendenzen und gegebenenfalls auch lokale Radikalisierungsdynamiken zu sensibilisieren und zur Mitarbeit zu motivieren.

Zusammenfassend: Prävention in diesem Feld sollte nicht allein eine als gefährdet wahrgenommene Minderheit von Jugendlichen im Blick haben, sondern ebenso Polarisierungs- und Radikalisierungsprozesse in der Einwanderungsgesellschaft.

Vielversprechend erscheinen dabei gegenwärtig vor allem:

- I die Arbeit an ethnisierten und kulturalisierten Polarisierungsprozessen in der Gesellschaft und die Förderung des Zusammenlebens und der Toleranz von kultureller, ethnischer und religiöser Verschiedenheit,
- I die strukturelle Förderung der gesellschaftlichen Beteiligung vor allem demokratischer islamischer Organisationen,
- I die Arbeit an Radikalisierungsprozessen bei entsprechend gefährdeten Jugendlichen und die Prävention von islamistischen Orientierungen einerseits und Islam-/Muslimfeindlichkeit andererseits,
- I die lokale Arbeit in konfliktverdichteten Räumen und die Bearbeitung islambezogener Konflikte vor Ort.

4.2 Schlussfolgerungen für den Programmbereich Linksextremismus

Die Umsetzungserfahrungen im Programmbereich Linksextremismus, aber auch wissenschaftliche Debatten zeigen, dass der Bedarf für einen flächendeckenden Programmbereich zur Prävention von Linksextremismus im Jugendalter aktuell nicht gegeben ist. Problematische Phänomene wie Konfrontationsgewalt oder gewaltförmige Protestereignisse konzentrieren sich auf lokale, meist großstädtische Zentren der radikalisierten linken Szene. Zudem erzeugte in der Vergangenheit die Programmbezeichnung „Linksextremismus“ erhebliche Schwierigkeiten sowohl in der pädagogischen Umsetzung als auch im Hinblick auf die öffentliche Akzeptanz. Dadurch wurden Zielgruppenzugänge verstellt oder mindestens erschwert.

Zugleich wurden im Bundesprogramm von einigen Modellprojekten Präventionsansätze mit einer hohen Themen- und/oder Zielgruppenspezifität entwickelt. Sie setzten beispielsweise an elaborierten Szenediskursen etwa um israelbezogenen Antisemitismus an und entwickelten Formate, um über Multiplikator/innen Prozesse der Selbstaufklärung innerhalb antiimperialistischer Gruppen anzuregen. Andere Projekte entwickelten Ansätze, um etwa über Jugendclubs in Szenestadtteilen linke Jugendliche zu erreichen und sie in politische Bildungsprozesse einzu beziehen oder im Umfeld etwa autonomer Gruppen zu agieren. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung haben diese Ansätze das Potenzial, die entwickelten Instrumente der Zielgruppen-erreichung sowie die pädagogische Arbeit in themenspezifisch hochpolitisierten Settings weiter zu erproben, weiterzuentwickeln und zu „verfeinern“, um zu ihrer „Reifung“ beizutragen und ihre Übertragbarkeit zum Beispiel in andere lokale Kontexte zu prüfen. Aus den Umsetzungserfahrungen wird übergreifend deutlich, dass für eine gelingende gegenstandsspezifisch ausgerichtete Präventionsarbeit umfassende Szenekenntnisse, ausgeprägte inhaltliche Kenntnisse szenetypischer, teilweise intellektueller Diskurse sowie belastbare Zugänge zu den Jugendlichen notwendig sind.

Gerade die Modellprojekte mit einem übersetzenden beziehungsweise relativierenden Bezug zum Begriff Linksextremismus leisteten jugendbezogene Übersetzungen problematischer Phänomene, die aber aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung weniger Ausdruck von geschlossenen Weltbildern oder miteinander in ihrer Gegnerschaft gegenüber der Demokratie verbundenen Organisationsstrukturen sind. Stattdessen wurden die problematischen Einzelphänomene als Ausdruck gesellschaftlichen Protestgeschehens in der Jugendphase sowie als

Teil von inhaltlich ein breites Spektrum umfassenden Protestkulturen verortet – ein sowohl für die pädagogische Praxis wie auch die Fachdiskussion wertvoller Perspektivenwechsel. Protest und Protestbewegungen sind in diesem Sinne nicht per se problematisch, sondern Ausdruck einer Zivilgesellschaft, die die Kontroversität von Positionen in pluralistischen Gesellschaften spiegelt und ihre Anliegen mehrheitlich mit demokratischen Mitteln zum Ausdruck bringt. In einigen Protestbewegungen gab und gibt es aber immer wieder Debatten um die Rolle von Gewalt und den Umgang mit politischen Gegnern und der Staatsgewalt, in deren Folge sich immer wieder neben gewaltfreiaktionistischen auch gewaltbefürwortende und militante Strömungen ausbilden.

Als problematisch erscheinen aus dieser Perspektive daher Gewalt und Demokratiefeindschaft in linksmilitanten Szenen. Der Militanzbegriff schließt an charakteristische Entwicklungen einiger linker Szenen und Gruppierungen an. Er umschreibt zunächst einmal ein besonders kämpferisches und entschiedenes Eintreten für die eigenen politischen Überzeugungen. Er ist somit zunächst nicht synonym mit Gewaltbereitschaft. Er markiert damit jedoch Selbstverständigungsprozesse um das Maß und die Mittel politischen Engagements. Ein zentrales und umstrittenes Thema ist in solchen Debatten, welche Mittel angemessen sind, um die gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen in den unterschiedlichen Themenfeldern herbeizuführen. Solche szeneeinternen Militanzdebatten existieren in den unterschiedlichen Themenfeldern wie Antifaschismus, Antikapitalismus und Anti-Imperialismus, aber aktuell auch Gentrifizierungskritik. Die Ursachen von Militanz können dabei verschieden sein:

- | ein Ausdruck von radikaler Systemopposition und Demokratiefeindschaft,
- | die Folge eskalierender Konflikte zwischen politischen Gruppen,
- | die Folge eines situativ eskalierenden Protestgeschehen auf Demonstrationen,
- | aber auch – losgelöst von politischen Zielen – ein Attraktivitätsmoment für die Teilnahme an Protestereignissen.

Diese heterogenen Ausprägungen und Ursachen können aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung für Modellprojekte unterschiedliche inhaltliche und methodische Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung themen- und zielgruppenspezifischer Ansätze liefern, die über eine allgemeine Demokratiebildung und aufklärungspädagogische Formate hinausgehen.

V.

Anhang

5.1 Liste der Modellprojekte

Träger	Projekttitle	Themenbereich	Handlungsfeld	Hauptzielgruppe	Förderungsbeginn	Förderungsende	Bundesland Durchföhrung
AABF e.V. – Föderation der Alevitischen Gemeinden in Deutschland	Zeichen setzen!	sozialräumliche Ansätze	islamistischer Extremismus	Erzieher/-innen und Lehrer/-innen	01.07.2010	31.12.2013	bundesweit
aej – Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V.	Dialog und Kooperation – mit Kindern und Jugendlichen aus islamischen Glaubensgemeinschaften	sozialräumliche Ansätze	islamistischer Extremismus	Jugendliche, Multiplikator/innen	16.09.2010	31.12.2013	bundesweit
Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V.	Ibrahim trifft Abraham in Düsseldorf	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	islamistischer Extremismus	Jugendliche	01.10.2010	30.09.2013	Nordrhein-Westfalen
Aktion Courage e.V. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage	Islam und Ich – Jungsein im Land der Vielfalt	Arbeit mit sozialisationsrelevanten Akteuren	islamistischer Extremismus	Erzieher/-innen und Lehrer/-innen	23.09.2010	31.12.2013	bundesweit
Amadeu Antonio Stiftung	„Thematisierung israelbezogenen Antisemitismus und den damit verbundenen Gefahren für demokratische Kultur“ und „Aktionswochen gegen Antisemitismus 2013“	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	Linksextremismus	Multiplikator/innen	15.10.2010 15.10.2013	31.12.2012 15.12.2013	bundesweit
Anne Frank Zentrum e.V.	„... zuerst einmal bin ich Mensch – Her seyden önce insanım“	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	islamistischer Extremismus	Jugendliche	15.09.2010	30.06.2013	bundesweit
Archiv der Jugendkulturen e.V.	Die Autonomen	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	Linksextremismus	*	15.11.2010	30.04.2012	*
Bildungspartner Main-Kinzig	„Demokratisierung erfahren – Extremismus entgegentreten“	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	islamistischer Extremismus	Jugendliche	01.11.2011	30.09.2012	Hessen
Brücke Rendsburg-Eckernförde e.V.	Jung & Fremd	sozialräumliche Ansätze	islamistischer Extremismus	Jugendliche	28.10.2011	31.10.2014	Schleswig-Holstein
Das Rauhe Haus, Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie	„Zugänge der Jugendhilfe zu linksautonomen Jugendszenen in Hamburg – eine Bestandsaufnahme“		Linksextremismus	*	29.07.2011	30.06.2011	*

Träger	Projekttitel	Themenbereich	Handlungsfeld	Hauptzielgruppe	Förderungsbeginn	Förderungsende	Bundesland Durchführung
Deutsche Gesellschaft e.V.	Präventionsworkshop gegen (Links-)Extremismus – Initiative Demokratie stärken	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	Linksextremismus	Jugendliche	16.05.2011	31.05.2014	bundesweit
Deutsche Gesellschaft e.V.	Plakatwettbewerb „Argumente statt Gewalt“	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	islamistischer Extremismus / Linksextremismus	Jugendliche	15.08.2011	31.12.2011	*
DITIB Landesverband Hamburg	„Mein Weg – Jugend für die Zukunft“	sozialräumliche Ansätze	islamistischer Extremismus	Multiplikator/innen	27.10.2011	31.07.2014	Hamburg
Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar	Rahmenkonzeption zur Auseinandersetzung mit antidemokratischen gewaltbereiten linksextremistischen Ideologien und Strömungen	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	Linksextremismus	Jugendliche, Multiplikator/innen	01.07.2010	31.12.2013	Thüringen
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Präventive Seminararbeit mit Jugendlichen gegen Linksextremismus	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	Linksextremismus	Jugendliche	01.09.2011	31.08.2014	bundesweit
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.	Entwicklung systemischer und onlinebasierter Ansätze im Themenfeld Linksextremismus	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	Linksextremismus	Jugendliche, Multiplikator/innen	01.07.2011	31.12.2013	Berlin
Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.	Meine Freiheit ist auch deine Freiheit – Ein Demokratisierungsprojekt gegen Islamismus	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	islamistischer Extremismus	Jugendliche	01.11.2010	31.10.2013	Berlin
HAW Hamburg / Hochschule für Angewandte Wissenschaften	„Kompetent gegen Integrationsbarrieren“ – Jugendkultur & politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft	Arbeit mit sozialisationsrelevanten Akteuren	islamistischer Extremismus	Jugendliche	01.10.2010	31.12.2013	Hamburg, Berlin
Institut für Kulturanalyse e.V.	Konfliktkultur – Ein Programm zur Bildung historischen Bewusstseins von Eltern	Arbeit mit sozialisationsrelevanten Akteuren	islamistischer Extremismus	Eltern	01.07.2011	30.06.2014	Berlin
Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg	Demokratie stärken – Jugend für Demokratie und gegen Extremismus	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	Linksextremismus	Jugendliche	01.07.2010	31.07.2014	Schleswig-Holstein
Junge Union	Wir fahren nach Berlin – gegen Linksextremismus	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	Linksextremismus	Jugendliche	03.11.2010	31.12.2010	Berlin

Träger	Projekttitle	Themenbereich	Handlungsfeld	Hauptzielgruppe	Förderungsbeginn	Förderungsende	Bundesland Durchführung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	Islamismus und die islamische Jugendszene in Deutschland	Arbeit mit sozialisationsrelevanten Akteuren	islamistischer Extremismus	Multiplikator/innen	01.11.2010	31.12.2011	*
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche	sozialräumliche Ansätze	Linksextremismus	Multiplikator/innen	01.11.2010	31.12.2011	*
Kreisjugendring Rems-Murr e.V.	Sichtbar	sozialräumliche Ansätze	islamistischer Extremismus	Jugendliche	01.01.2011	31.12.2013	Baden-Württemberg
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus/ KIgA e.V.	Präventive Bildungsprozesse zum Islamismus im Rahmen der Ganztagschule gestalten – IKRAM	Arbeit mit sozialisationsrelevanten Akteuren	islamistischer Extremismus	Jugendliche	01.10.2010	31.12.2013	Berlin
Kulturwerkstatt e.V. Reutlingen	Brücken bauen – Gräben schließen	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	islamistischer Extremismus	Jugendliche	01.07.2011 01.01.2013	30.09.2012 31.12.2013	Baden-Württemberg
LPR-Trägergesellschaft für jugendschutz.net gGmbH	Islamismus und Linksextremismus im Internet	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	islamistischer Extremismus / Linksextremismus	*	05.09.2011	31.12.2013	Rheinland-Pfalz
Minor-Projektkontor für Bildung und Forschung e.V.	Kulturschock – Projekt zur sekundären Prävention bei „linksextremistisch“ orientierten Jugendlichen	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	Linksextremismus	Jugendliche	01.08.2011	31.07.2014	Berlin, Brandenburg
Multilateral Academy gGmbH	Muslim 3.0	sozialräumliche Ansätze	islamistischer Extremismus	Jugendliche	16.05.2011 05.04.2012	31.12.2011 31.12.2012	Nordrhein-Westfalen
Netzwerk Zukunftsgestaltung und seelische Gesundheit Bremen e.V.	Stadtplan der Religionen	sozialräumliche Ansätze	islamistischer Extremismus	Jugendliche	04.08.2011	31.07.2014	Bremen
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Verfassungsschutzabteilung	Extremismus – Herausforderung für die Demokratie	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	islamistischer Extremismus / Linksextremismus	Jugendliche, Multiplikator/innen	01.01.2011	31.12.2012	
Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e.V.	Dialogreihe mit muslimischen Jugendlichen – JUMA (jung, muslimisch, aktiv)	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	islamistischer Extremismus	Jugendliche	01.10.2010	31.12.2013	Berlin

Träger	Projekttitlel	Themenbereich	Handlungsfeld	Hauptzielgruppe	Förderungsbeginn	Förderungsende	Bundesland Durchführung
Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin	Veranstaltung „Islamismus: Prävention und Deradikalisierung“	Arbeit mit sozialisationsrelevanten Akteuren	islamistischer Extremismus	Multiplikator/innen	30.07.2010	30.12.2010	Berlin
Stiftung Partner für Schule NRW	Andi 3	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	Linksextremismus	Jugendliche	01.11.2010	31.12.2010	Nordrhein-Westfalen
Türkische Gemeinde in Deutschland	Pro Quo – Qualifizierungsoffensive für Migrantenorganisationen	sozialräumliche Ansätze	islamistischer Extremismus	Multiplikator/innen	01.12.2010	31.12.2013	bundesweit
Violence Prevention Network e.V.	Modellprojekt zur Prävention von islamischen Extremismus - Maxime Wedding	sozialräumliche Ansätze	islamistischer Extremismus	Jugendliche	01.10.2010	31.12.2013	Berlin
Violence Prevention Network e.V.	Prävention von Linksextremismus	sozialräumliche Ansätze	Linksextremismus	Jugendliche, Eltern, Multiplikator/innen	01.10.2010	31.07.2012	Berlin
ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH	Demokratie stärken - Auseinandersetzung mit Islamismus und Ultranationalismus	Bildungsprojekte mit jungen Menschen	islamistischer Extremismus	Sozialräumliche Akteure	01.07.2010	31.12.2013	Berlin, Bayern
Zeitbild Stiftung	„Zeitbild Wissen“ (Demokratie schützen – Linksextremismus vorbeugen)	Arbeit mit sozialisationsrelevanten Akteuren	Linksextremismus	Erzieher/innen und Lehrer/innen	18.11.2010	30.09.2011	*

(*: Aufgrund der Art des Modellprojekts keine Einordnung möglich)

5.2 Liste der Forschungsprojekte

Handlungsfeld	Träger	Projekttitel	Förderungsbeginn	Förderungsende
Linksextremismus	FU Berlin / Forschungsverbund SED-Staat	Forschungsvorhaben „Demokratiefördernde Potenziale des Linksextremismus in Deutschland“	01.06.2012	31.12.2014
Linksextremismus	Hochschule für Recht und Wirtschaft Berlin	Forschungsvorhaben „Gesellschaftskritik und Protest“	01.07.2012	31.12.2014
islamistischer Extremismus	Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Verfassungsschutzabteilung	Forschungsvorhaben „Salafismus in Deutschland – Eine Gefahr für die innere Sicherheit“	01.06.2011	31.05.2012
islamistischer Extremismus	Uni Duisburg / Essen & FU Berlin	Faszinierungsprozesse – religiös motivierte und geschlechtsspezifisch geformte Reaktionen junger Menschen auf islamische Predigten	01.03.2012	31.08.2014

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115**
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: Juni 2014, 1. Auflage

Gestaltung: neues handeln GmbH

Bildnachweis: Titel: Regiestelle „Initiative Demokratie Stärken“

Text: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) / Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Website: www.demokratie-staerken.de

- * Jeder Anruf kostet 14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz,
max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.
- ** Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche
Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung.
Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen,
Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.d115.de;
7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.